

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Donnerstag, 16. Juni 1927.

Nr. 139.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Wirkungslose Komödie.

Ueber Ungarn, über Bayern ging der weiße Schrecken nieder — die Bourgeoisie fand kein noch so schwaches Wort der Mißbilligung. In Deutschland ging die Nordstatistik in die Hunderte, in Italien zählte man die Opfer der faschistischen Banden nach Gelatomben. Die bürgerliche Presse fand weder die Welt, noch zeigte sie Lust, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Im Staate unseres hohen hohenzollernschen Verbündeten, in Rumänien, werden von der Reaktion die schrecklichsten Greuel verübt, in Bulgarien mordet man seit Jahren was den Schergen Zankows und Diaptschew in die Hände läuft; hat man je gehört, daß die Bourgeoisie entrüstet war? Zählt, wenn ihr könnt, die Opfer des faschistischen Terrors in den weißen Staaten, ihr werdet Zehntausende zählen! Aber die Tränen der Bourgeoisie um die gemordeten Opfer werdet ihr vergeblich suchen.

Aber wenn man auf der Gegenseite mit gleichem Maße mißt, wenn man im Kampfe gegen das Alte der Opfer nicht achtet, dann entdeckt die Bourgeoisie die Heiligkeit des Menschenlebens, dann weiß sie bewegt zu klagen, dann füllt sie Hände mit den Protesten und den Ausdrücken ihrer Entrüstung. Als in Rußland die Revolution sich terroristischer Reihoden zu bedienen begann, da organisierte die Bourgeoisie geradezu die „moralische Abwehr“, da schwor sie auf die Grundlage der Humanität. Erst als in Rußland die Revolution mit der Bildung der Republika endete, als man mit Rußland Geschäfte machen konnte, da konnte die kommunistische Presse den Sozialdemokraten jede Woche ein bürgerliches Lob über Sowjetrußland als Muster der „Objektivität“ vorhalten. Aus der Geschäftsfremdschaft wurde bald wieder wütende Konkurrenz. In dem Kampf um die letzten Märkte der kapitalistischen Wirtschaft, in der Rebellion der letzten Reservearmee des Kapitalismus, in den Kolonialkriegen im fernen und nahen Osten stellte sich die Sowjetunion gegen die alten Mächte, vor allem gegen England. Der Gegenatz zwischen England und Rußland erhielt eine neue Gestalt, seit Rußland die Kolonialklaven des Ostens gegen das britische Imperium mobilisiert. Galt China verloren, so will England doch Indien retten. In fünf, in zehn Jahren wird sich irgendwo an den Gestaden des Indiameres, im eigentlichen Herzen des britischen Weltreiches das chinesische Beispiel wiederholen. Da muß man vorbeugen. So entschloß sich zunächst der rechte Flügel der englischen Bourgeoisie zur Kriegspolitikk gegen Rußland. Man will wieder ruhig schlafen in den Schlössern der englischen Lords, in den Paläis der Bankherren und Großindustriellen von London und Manchester.

Nach den Ereignissen der letzten Wochen wurde es klar, daß Englands Regierung, ein Spielball in der Hand der Diehards, den Krieg gegen Rußland will. Was wunder, daß auch die russischen Monarchisten Morgenluft wittern und auf ihre Art, mit Mord und Verschwörung, in das Vorpiel eingriffen. Aber vor Sowjetrußland, das — wie immer es geworden sein mag — einen ungeheuren weltgeschichtlichen Fortschritt bedeutet, das den Feudalismus und seine Herrschaftsform, den Faschismus, beseitigt, Millionen von Bauern befreit, die Elemente einer neuen, wenn auch nicht der sozialistischen Gesellschaft, in Freiheit gesetzt hat, vor diesem Staate, der auch in der uns Sozialisten abschreckenden Gestalt ein Stück Revolution bleibt, steht schützend das Proletariat Europas. Die Lösung „Hände weg von Sowjetrußland“ ist das Warnungssignal für den britischen Imperialismus. In die europäische Arbeiterklasse Zweifel und Zwietracht zu tragen, sie irre zu machen und zu spalten, das mußte nun die vornehmste Aufgabe der britischen Diplomatie sein. Sie sah mit Schrecken, daß ihre Methoden den Sowjets die Sympathien aller arbeitenden Menschen verschafften, daß die Arbeiter mit Verachtung auf Johnson-Hicks und Churchill

blickten. Da kam Hilfe von einer Seite, von der sie wohl der hoffnungsloseste Diehard nicht erwartet hatte: Hilfe von Moskau.

Wir hielten die Sowjetdiktatur dem Monarchismus gegenüber für gefestigt, da mußten wir hören, daß die Tscheka wieder in Aktion tritt, daß die Sowjets zu jener Form der Herrschaft zurückkehren, von der Engels sagte, sie habe den Namen Schreckensherrschaft davon, daß sie eine Herrschaft der Erschrecken sei. So sehr wir im Interesse des Sozialismus wünschten, daß die Sowjetdiktatur in Rußland einer wirklichen Proletariats Herrschaft weiche, so sehr wünschten wir doch und haben es immer ausgesprochen, daß es den Sowjets gelänge, den Faschismus mit Stumpf und Stiel auszurotten. Aber eben darum erschrafen wir, als Moskau zu Massenhinrichtungen schritt. Denn diese Abschachtung von politischen Gefangenen bewirkt zweierlei: sie offenbart eine Schwäche der Sowjetregierung, die niemand ahnte, und sie hilft den Kriegsherrn bei ihrer furchtbaren Arbeit. Es war klar, und wir zweifelten nicht einen Augenblick daran, daß unsere Kommunisten die Hinrichtungen begrüßen würden. Sie müssen es als abhängige Soldnertruppe Moskaus, sie müssen es tun, um uns wieder einmal des Verrates zeihen zu können, und wahrscheinlich reicht auch der Horizont der meisten kommunistischen Schriftgelehrten nicht über Kuffig und Reichenberg hinaus. Es macht ihnen einfach Spaß, daß man Monarchisten erschießt, menschliche Hemmungen hatten sie nie und das Denken haben sie sich lang abgewöhnt. Aber während noch die Sudespumpen der Moskauer mit Wasserdampf arbeiten und die alten Angler die alten saulen Köder nach den sozialdemokratischen Arbeitern auswerfen, wird befrätigt, was wir voraus sagten, die Bourgeoisie schlägt den russischen Terror nach allen Regeln der Kunst aus. Die bürgerliche Presse macht gegen Rußland Stimmung, die Diplomaten beraten in Genf die „moralische Absonderung“ von Rußland, das heißt auf gut deutsch, den Koalitionskrieg gegen die Sowjetrepublik.

Die Kommunisten ficht das nicht weiter an. Denn fürwahr, anders als sonst in Menschenköpfen, malt sich in ihrem Kopf das Bild der Welt. Sie rufen im selben Augenblick, da sie an die blutigen Instinkte der Massen appellieren, um in einer Generation, die durch den miterlebten Krieg wahrlich nicht feinfühlig wurde, den vielleicht nicht schwer zu erzielenden Triumph dunkler Gefühle über die klare Vernunft heraufzuführen, sie rufen in dieser gleichen Stunde zu Demonstrationen gegen den weißen Terror in Rumänien und gegen den Justizmord an Sacco und Bonzetti! Kindstöpfige Einfalt, die solchen Widerspruch zustande bringt, die an das Rechtsbewußtsein der Menschen einer bürgerlichen Welt appelliert und zugleich lehrt, daß bei Hinrichtungen alle weil zwölf auf ein Duzend gehen! Und diese politischen Analphabeten freuen sich kindisch, daß sich irgendwo ein Freidenker gefunden hat, der nicht gescheiter ist als sie. Dieses Komödiantentum, das uns auf derselben Seite mit „Werte Genossen“ anredet und als Kreaturen des Faschismus bezeichnet, das bei keinem seiner Wandrer lapiert, wie unsagbar lächerlich es wirkt, das hat nun tatsächlich keine anderen Sorgen, als sozialdemokratische Pressstimmen zu sammeln, von denen je eine die andere des Verrates überführen soll. Wollten wir uns den Lausbüberien einiger Stribenten gegenüber rechtfertigen, wir brauchen heute nicht darauf zu verweisen, daß wir jahrelang uns vor Sowjetrußland stellten, obwohl uns die Kommunisten Tag für Tag die Söldner der Bourgeoisie schimpften. Es gäbe gar keinen besseren Beweis für unsere Objektivität, als den, daß wir, allen Ordinärheiten einer „Bruderpartei“ gegenüber, von der wir als Gratiskrautgabe zu allem Geschrei noch die Tat gewärtigen können, daß sie uns morgen einige einflussreiche Sozialdemokraten zum Frühstück serviert, an unserem Standpunkt festhielten, daß der Schutz Rußlands eine Aufgabe der

Arbeiterklasse ist. Aber jetzt haben wir ja den stärkeren Beweis: Was wir vor ein paar Tagen warnend und bedauernd prophezeiten, ist eingetreten. Unter dem Vorwand der „moralischen Abwehr“ schließen sich die kapitalistischen Mächte zusammen. In London wollen sie ein Feuer anzünden, aber von Moskau liefert man ihnen die Zündhölzer dazu! Und während sie nun schon zündeln und Gefahr im Verzuge ist, amüsieren sich die Komödianten der Revolution mit Einheitsfrontmanövern und bestätigen eine Blödmacherei, die alle Grenzen übersteigt und nicht einmal das eine erreichen kann, uns bei der Abwehr der imperialistischen Kriegshege nervös zu machen.

Es ist lächerlich, darüber zu diskutieren, ob wir Verräter sind, weil wir über die russische Politik anderer Ansicht sind, als Stalin. Wären wir es nicht, dann wären wir doch wohl Kommunisten und keine Sozialdemokraten. Und so sei es dem Künig!

der in den letzten Tagen diesen Herenjabbath irrfinniger Schimpftraben entfesselt hat, ein für allemal gesagt: Keine noch so freche Provokation wird uns bestimmen, auch nur einen Schritt breit von unserem Standpunkt zu weichen, daß es nicht Zeit ist, die Arbeiter in einen Blutkampf zu schwächen, sondern sie aufzuklären und ihnen die Bedeutung internationaler Vorgänge vor Augen zu führen. Und der tiefste Abscheu vor einem politischen Komödiantentum, dessen Einbildung mit seiner Unfähigkeit weitest, wird uns nicht abhalten, gegen den Krieg und für die Sicherheit Sowjetrußlands zu wirken. Um so mehr müssen und werden wir es tun, als die angeblich „berufenen“ Hüter seiner Interessen durch Anfälle von Tollwut noch mehr als durch ihre kritische Mitleiderei daran verhindert sind, ihren Beruf zu erfüllen.

Weltimperialistische Front gegen Sowjetrußland! Unter Englands Führung.

Paris, 15. Juni. Aus den Kommentaren der Genfer Korrespondenten der Pariser Blätter geht hervor, daß die Frage der deutschen Diktatorien im wesentlichen gelöst ist und daß es sich nur um die Festlegung einiger Durchführungsmodalitäten handelt. Gleichzeitig werde, wie die Blätter melden, die Zahl der Okkupationsstruppen im Rheinlande um etwa 10.000 Mann herabgesetzt, wovon ein Drittel auf Belgien und zwei Drittel auf Frankreich entfallen würde.

Ein größeres Interesse wendet sich jedoch Rußland zu, das nach dem gestern ausgegebenen und absichtlich unklaren Genfer Kommuniqué den Gegenstand der Ministerberatungen bildet. Nach Meinung des Genfer Korrespondenten des „Petit Journal“ taucht der Gedanke einer internationalen Konferenz über Rußland eventuell unter Teilnahme Rußlands selbst auf.

Wie „Matin“ mitteilt, setzt Chamberlain seine Bemühungen fort, um eine Art Zusammenarbeit aller Mächte gegen die kommunistische Propaganda zu vereinbaren. Dem Korrespondenten des genannten Blattes zufolge hat Dr. Stresemann zu verstehen gegeben, England verlange zwar nicht, daß die Mächte seinem Beispiel — also Abbruch der Beziehungen mit Rußland — folgen, aber daß England viel daran liege, daß den bolschewistischen Führern zu verstehen gegeben werde, daß die europäischen Regierungen nicht gewillt sind, deren Politik zu unterstützen.

Wie „Excelsior“ erfährt, habe Stresemann verlangt, daß Deutschland ein Sitz im Mandatsauschuss zuerkannt werde, sei aber auf den Widerstand Briands und auf einen noch größeren Widerstand seitens Chamberlains gestoßen.

Fortsetzung der Locarnopolitik.

Das amtliche Kommuniqué.

Genf, 15. Juni. Heute gegen halb 6 Uhr nachmittags fand beim französischen Außenminister Briand die zweite Zusammenkunft der in der Vorkonferenz vertretenen Mächte England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan mit Deutschland statt. An der Zusammenkunft nahmen Chamberlain, Dr. Stresemann, Scialoja, Vandervelde und Ishii teil. In erster Linie sollen heute, wie erklärt wird, die zwischen Deutschland und der Vorkonferenz schwebenden Fragen, d. h. die Frage der Diktatorien und der Rheinlandbesatzung, zur Erörterung gelangt sein.

Nach Schluß der zweieinhalbstündigen Konferenz wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

In Verfolg der Arbeiten der letzten Konferenz des Monats Dezember haben die Mitglieder der Konferenz die in Schwere gebliebenen Fragen geprüft, festgestellt, bis zu welchem Punkte der Erfüllung einige dieser Fragen gelangt seien, und für die übrigen sich über die Mittel und Wege geeinigt, um ihre Erledigung innerhalb möglichst kurzer Zeit sicherzustellen. Die Mitglieder der Konferenz haben hierbei neuerdings ihren einmütigen Willen festgesetzt, daß die Locarnopolitik weiter fortzusetzen sei, die schon bisher im Interesse des Friedens wichtige Resultate ergeben hat und weiter ergehen wird.

Der Warschauer Gesandtenmörder vor dem Standgericht.

Warschau, 15. Juni. Heute um zehn Uhr vormittags begann im Warschauer Bezirksgericht im standesrechtlichen Verfahren die Verhandlung gegen den Mörder des Sowjetgesandten Woskow. Kowwerda wurde nach einer ruhig verbrachten Nacht unter starker Polizeibedeckung in das Gerichtsgebäude gebracht. Den Vorsitz des Tribunals führt der Vizepräsident des Bezirksgerichtes in Warschau Guminski, die Anklage vertritt der Staatsanwalt des Appellationsgerichtshofes Rudnicki. Der Angeklagte wird von einem Wisaer und drei Warschauer Rechtsanwältinnen verteidigt. Der Gerichtshof hat über Antrag der Staatsanwaltschaft 16 Belastungszeugen und über Antrag der Verteidigung sechs Entlastungszeugen, darunter die Eltern des Angeklagten, vorgeladen. Der Gerichtshof ist vom Publikum und den zahlreich erschienenen Vertretern der in- und ausländischen Presse, darunter der Moskauer „Pravda“ und „Iswestija“, dicht gefüllt.

Vorsitzende mit, daß der als Zeuge vorgeladene, ehemalige Charge d'Affaires in London Rosengolsch nach einer Mitteilung des Außenministeriums erst abends in Warschau eintreffen werde. Der Staatsanwalt beantragt die Fortsetzung der Verhandlung und die eventuelle Verlesung der schriftlichen Aussagen Rosengolsch, falls dieser vor Abschluß der Verhandlungen in Warschau nicht eintreffen sollte. Der Vorsitzende überprüft sodann die Personalien des Attentäters Kowwerda, der u. a. erklärt, er wisse nicht, welche Staatsbürgerschaft er besitze. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich schuldig bekenne, antwortet Kowwerda mit lauter und fester Stimme: „Ich bekenne mich zur Tötung Woskows, aber nicht zu der Schuld“. Der Angeklagte schildert hierauf den Verlauf des Attentates und erklärt: schließlich, er habe Woskow für das getötet, was die Bolschewiken in Rußland getan haben.

Dem Beginn der Verhandlung teilt der Vorsitzende mit, daß der als Zeuge vorgeladene, ehemalige Charge d'Affaires in London Rosengolsch nach einer Mitteilung des Außenministeriums erst abends in Warschau eintreffen werde. Der Staatsanwalt beantragt die Fortsetzung der Verhandlung und die eventuelle Verlesung der schriftlichen Aussagen Rosengolsch, falls dieser vor Abschluß der Verhandlungen in Warschau nicht eintreffen sollte. Der Vorsitzende überprüft sodann die Personalien des Attentäters Kowwerda, der u. a. erklärt, er wisse nicht, welche Staatsbürgerschaft er besitze. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich schuldig bekenne, antwortet Kowwerda mit lauter und fester Stimme: „Ich bekenne mich zur Tötung Woskows, aber nicht zu der Schuld“. Der Angeklagte schildert hierauf den Verlauf des Attentates und erklärt: schließlich, er habe Woskow für das getötet, was die Bolschewiken in Rußland getan haben.

Kunzeffler und Goll lebend in Canada?

Paris, 15. Juni. Die Agence Havas gibt mit Reserve die Nachricht der Canadian Press wieder, wonach die Flieger Kunzeffler und Goll in der Nähe von River Bend lebend gefunden worden seien.

Die letzten Neuterberichte jedoch hegen Zweifel, daß die gestern bemerkten Lichtsignale von den beiden Vermissten gegeben worden seien. Nach den Informationen eines Waldbeamten befänden sich in der Gegend, wo die Signale bemerkt wurden, zwei mit topographischen Studien betraute Gruppen. Man nimmt an, daß die Raketen von einer dieser Gruppen abgefeuert worden seien.

Sozialdemokratie und Religion

Unter den Mitteln, mit denen die Bürgerlichen die Sozialdemokratie bekämpfen, stand immer auch die Behauptung an erster Stelle, daß die Sozialdemokratie die Religion bekämpfe. Aber so oft diese Behauptung auch widerlegt wurde, so tauchte sie immer von neuem auf und je mehr sich auch die bis zum Umsturz im Gefolge der bürgerlichen Parteien marschierenden Schichten des Volkvolkes von diesen abwenden, um so häufiger wird dieses Argument von neuem gegen die Sozialdemokratie hervorgeholt. Hoffen doch die Bürgerlichen, daß es ihnen gelingen könnte, das Vertrauen der Landarbeiter und der Kleinbauern, die sich in immer stärkerem Maße der Sozialdemokratie zuwenden, dieser wieder zu rauben, wenn sie ihnen das alte Märchen von der Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie wieder vortragen.

Aber je mehr die bürgerlichen Parteien ihren Anhang im Volke verlieren, um so mehr werden sie sich als die berufenen Schützer der Religion gegen die gottlosen Sozialdemokraten aufstellen. Es ist deshalb um so mehr zu begrüßen, daß sich unser Genosse Dr. Otto Bauer der Mühe unterzogen hat, in seiner überzeugenden Art in einer kleinen Schrift (Sozialdemokratie, Religion und Kirche) dieser läge ein für allemal den Todesstoß zu versetzen und zugleich die Hintergründe dieses kapitalistischen Schwindels zu enthüllen. Wir werden wohl am besten den Absichten dieser Schrift gerecht werden, wenn wir ihre wesentlichsten Gedanken wiedergeben.

Als die Bourgeoisie noch gegen den Absolutismus kämpfte, kämpfte sie auch gegen die Macht der Kirche. Aber ebenso kämpfte die Geistlichkeit auch gegen die Bourgeoisie. Als aber das Großbürgertum zur Herrschaft kam, verbündete es sich mit der Geistlichkeit. Die Kirche wurde die Bundesgenossin der Großbourgeoisie und ihrer Parteien, die sie noch vor kurzem bekämpft hatte. Aber auch das Bürgertum, das sich eben erst als Feind der Kirche ausgespielt hatte, sah nun in der Kirche seine Bundesgenossin gegen die Arbeiterschaft.

Wurde die Kirche der Bourgeoisie unentbehrlich als Verteidigerin ihrer Herrschaft, so wurde die Bourgeoisie selbst zur Verteidigerin der Kirche. Dem einzelnen Bourgeois mögen die Kongrua, der Zwang zum Religionsunterricht, das kirchliche Ehrerecht noch zuwider sein, die Bourgeoisie als Klasse kann trotzdem ihre wirtschaftliche Machtstellung gegen den Aufsturm des Proletariats nicht mehr anders verteidigen, als indem sie die Herrschaft der christlichsozialen Partei stützt. So lange die Bourgeoisie gegen Hof, Adel und Kirche kämpfte, war ihre Parole die Aufrüstung. Sobald sie sich gegen die Arbeiter zu verteidigen hat ist ihre Parole: Dem Volk muß die Religion erhalten bleiben.

Aber die kapitalistischen Klassen können ihre Herrschaft nur erhalten, wenn sie Hunderttausende proletarische Wähler in ihrer Gefolgschaft erhalten. Das wichtigste Mittel dazu ist der Appell an die

religiösen Gefühle dieser proletarischen Wählermassen. Sie müssen den Klassenkampf zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse in einem Kampf um die Religion umfassen. Die bürgerlichen Parteien verteidigen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, aber sie können ihre Herrschaft nur behaupten, indem sie sie maskieren als Herrschaft der Religion. Die bürgerlichen Parteien verteidigen die Profite der Kapitalisten und die Rechte der Grundherren. Aber sie maskieren den Kampf um die Profite als den Kampf um das ewige Seelenheil. Die bürgerlichen Parteien benötigen den Glauben hunderttausender Proletarier in der Gefolgschaft ihrer irdischen Herren zu erhalten. Der Kapitalismus macht die Religion zur Parteifache, um die Herrschaft der Bourgeoisie auf die Religion der Volksmassen zu stützen. Die bürgerlichen Parteien verteidigen nicht die Grundsätze des Christentums, sondern die Profite des Kapitalisten.

Ist den Kapitalisten die Religion Parteifache, so muß sie den Sozialdemokraten, den arbeitenden Massen, Parteifache sein; denn der Sozialismus kann nur siegen, die Arbeiter sich nur von der Herrschaft der Kapitalisten befreien, wenn sich alle Proletarier ohne Rücksicht darauf, welche Anschauungen sie über den Himmel und die Unsterblichkeit haben, vereinigen. Der gläubige Proletarier und der ungläubige Freidenker haben das gleiche Interesse, die Herrschaft des Kapitals niederzurufen. Deshalb muß für sie die Religion Parteifache sein. Aber die Religion muß auch insofern Parteifache sein, als auch den Staat die Religion seiner Bürger nicht zu kümmern hat, als jeder Bürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit haben, keines für den Glauben und Kultus der anderen etwas beisteuern soll.

Daraus folgt die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche, die nicht von den Ungläubigen zuerst verlangt wurde, sondern gerade von den Gläubigsten der Gläubigen und die auch in Amerika von den Gläubigen verwirklicht wurde.

Die Trennung von Staat und Kirche macht nicht nur das Volk vom Gewissenszwang frei, macht nicht nur den Staat von der Herrschaft der Kirche frei, sondern macht auch zuerst die Kirche vollkommen frei. Wohl wird die Kirche dann keine Beiträge vom Staat bekommen und sie wird ihre Kosten dann nur von den Gläubigen hereinbringen können. Die Kirche wird dann auf die Gläubigen Rücksicht nehmen müssen. Aber nicht auf die Kapitalisten, die ja die Mitglieder sind, sondern auf die Masse der gläubigen Proletarier, die sie nur so in ihren Reihen erhalten wird. Man erinnere sich nur, wie die anglikanischen Bischöfe in England während des Bergarbeiterstreiks öffentlich für die Bergarbeiter eintraten. Man trenne die Kirche vom Staat und es wird unmöglich sein, daß sich die Kirche auf die Seite der Kapitalisten gegen die arbeitenden Massen stellt. So wird die Kirche im Klassenkampf neutral sein. Die Kapitalisten werden nicht mehr den Schutz der Kirche genießen. Die Arbeiter werden nicht mehr in der Kirche die Schützerin der Ausbeuter finden. Damit werden natürlich nicht alle Arbeiter gläubig werden. Aber die gläubigen Proletarier, deren es namentlich auf dem Lande und unter den Frauen so viele gibt, werden nicht mehr in einem Gewissenskonflikt leben müssen, wie jetzt, wo ihr religiöses Gefühl sie zur Kirche zieht, die sie aber als eine Schützerin der Kapitalisten erkennen, ihr Klassengefühl aber zu den anderen Arbeitern, die von der Kirche angefeindet werden. Dann erst wird auch der religiöse Proletarier sowohl zu seiner Religion, wie zu seiner Klasse stehen können, wenn der Kapitalismus nicht mehr an der Kirche seine Stütze findet. Mögen die gläubigen Katholiken entscheiden, ob die Zielsetzung ihrer Kirche nicht würdiger ist als die einer Schützerin des Kapitalismus. G. P.

Es bleibt bei der Verfassungswidrigkeit.

Trotz aller Proteste der Opposition wird die Regelung des Verwaltungs-Verfahrens durch Verordnung erfolgen.

Prag, 15. Juni. Der Verfassungsausschuss, der gestern nach der Plenarsitzung noch bis 11 Uhr nachts und heute ebenfalls vor und nach dem Plenum bis gegen 7 Uhr abends tagte, beschäftigte sich mit den Artikeln 6 bis 14 des ersten Hauptstückes und erledigte dieselben.

Auch diesmal wurden alle Abänderungsanträge der Oppositionsparteien abgelehnt,

bis auf eine nebensächliche Änderung des Artikels 10, welche vom Berichterstatter Dr. Kramar auf Grund der Einwendungen des Genossen Dr. Reiskner beantragt wurde; es heißt darin, daß die Regierungsverordnung über das Verwaltungsverfahren außer Kraft zu treten hat, wenn eines der beiden Häuser der Nationalversammlung die Genehmigung verweigert.

In der Debatte ergriff der Vertreter unseres Klubs, Genosse Sadenberg, zu jedem der in Beratung stehenden Artikel das Wort und begründete unsere Abänderungsanträge, welche vor allem verlangen: gesetzliche Regelung des Verwaltungsverfahrens; Zuziehung des Laienelements bei der Entscheidung über Strafen; keine Übertragung der Straffkompetenz der Schulbehörden auf die politischen Behörden; Einsetzung von Senaten zur Entscheidung von Verwaltungssachen und Hinzuziehung von Weisern aus der Bevölkerung sowie Regelung dieser Fragen durch ein Gesetz und nicht durch eine bloße Verordnung. Weiters verlangen unsere Abänderungsanträge, daß im Verordnungsverfahren eine weitere Berufung an das Ministerium als dritte Instanz zulässig ist, wenn die Entscheidungen der beiden unteren Instanzen gleichlautend sind, ferner in allen Fällen Berufung bis zur letzten Instanz, wo Mängel im Verfahren oder eine Geschwindigkeit festgestellt ist. Endlich sollen alle Berufungen ausschließende Wirkung haben.

Bei Beratung des Artikels 10 (Verwaltungsgerichtsbarkeit) erklärt Genosse Sadenberg,

daß die geplante Regelung des Verwaltungsverfahrens im Verordnungswege der Verfassungsurkunde widerspricht,

daß also die Regelung des Verwaltungsverfahrens nur auf dem Wege eines Gesetzes erfolgen dürfe; als Grundfah bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes müsse dienen, daß die Parteien unter allen Umständen zu hören sind und das Recht haben sollen, Beweisanträge zu stellen. Bei einer solchen gesetzlichen Regelung sind die Artikel 2 bis 6 der Regierungsvorlage überflüssig, da alle darin behandelten Fragen durch das Gesetz festgelegt werden müßten. Sollte jedoch dieser Antrag abgelehnt werden, so müßte wenigstens die Bestimmung getroffen werden, daß die betreffende Regierungsverordnung über das Verwaltungsverfahren auch dann außer Kraft tritt, wenn das Parlament dieselbe nicht binnen zwei Monaten nach ihrer Erlassung genehmigt hat.

Ebenfalls zu Artikel 10 hielt der tschechische Genosse Dr. Reiskner eine zweistündige Rede, in welcher er an Hand vieler Beispiele den klaren Nachweis führte, daß eine Regelung des Verwaltungsverfahrens im Verordnungswege ganz unmöglich und verfassungswidrig sei; vor einer derartigen Regelung wären unbedingt Experten zu hören, und zwar Vertreter des

Verwaltungsgerichtshofes, der Advokaten- und Notariatskammer und eventuell auch der Handelskammern; es genüge nicht, wenn das Ministerium bloß Gutachten dieser Personen oder Körperschaften einhole.

Obwohl selbst Dr. Kramar in seinem Schlussworte die Berechtigung der Ausführungen Dr. Reiskners zugeben mußte, beantragte er trotzdem, daß die Regelung des Verwaltungsverfahrens so wie es von der Koalition beantragt wird, im Verordnungswege vorzunehmen sei, wobei er allerdings hinzufügte, daß das Innenministerium auf die von Reiskner angeführten Beispiele bei der Ausarbeitung der Regierungsverordnung Rücksicht nehmen müssen. Kramar hob sodann noch einmal die Erklärung des Innenministers Cerny hervor, daß die Regierungsverordnung, bevor sie den Ministerien vorgelegt wird, dem Verwaltungsgerichtshof zur Begutachtung übermittelt werden soll.

Die nächste Sitzung des Ausschusses ist auf Freitag, um 9 Uhr vormittags, einberufen. Der Innenminister beharrt darauf, daß die Vorlage noch diese Woche vom Ausschuss erledigt werden soll; es ist aber wahrscheinlich, daß der Ausschuss auch noch mehrere Tage der nächsten Woche sich mit der Vorlage wird beschäftigen müssen.

Kramar teilt Zensuren aus.

Scharfe Zurückweisung durch Gen. Sadenberg

Zu Beginn seiner Ausführungen am Mittwoch abends knüpfte Kramar an die bereits gemeldete Rede des Genossen Sadenberg an, in der er darauf hingewiesen hatte, daß sogar Juriga, ein Vertreter einer Regierungspartei, verlangte, man solle die Opposition nicht derart behandeln und ihre Abänderungsanträge ernst nehmen.

Kramar war auf einmal „von Sadenbergs Aufregung wegen der Behandlung der Opposition überrascht“ und sand diese Ausführungen „überflüssig“.

Genosse Sadenberg verwahrte sich auf das entschiedenste gegen diese Kritik und bat Herrn Dr. Kramar, er möge das schon ihm überlassen, zu beurteilen, was notwendig und was überflüssig wäre zu sagen.

Gegenüber der Meinung Kramars, Juriga habe bei seinem Wunsche nach Berücksichtigung der oppositionellen Anträge nur der christlichen Nächstenliebe Ausdruck gegeben, erklärte Sadenberg, daß bei Juriga dieses Motiv kaum vorgeherrschet haben dürfte; eher sei anzunehmen, daß es Juriga im Rode eines Regierungsparteilers nicht sehr behage, und daß er mehr mit der Opposition fühle. Juriga habe durch seine Ausführungen gezeigt, daß er mehr Voraussicht habe, als die deutschen Regierungsparteien, und daß er damit rechne, in absehbarer Zeit wieder in die Opposition zu kommen, wo er dann unter diesen unerfreulichen Verhältnissen genau so zu leiden haben würde, wie die heutige Opposition. Gerade deshalb, erklärte Sadenberg, habe er in seinen gestrigen Ausführungen es wohl begrüßt, daß sich unter den Regierungsparteilern doch ein weißer Rabe gefunden habe, aber dabei auch seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die deutschen Regierungsparteien sich ruhig alles gefallen lassen und ärger vorgehen, als selbst unter dem System der Petka gegen sie vorgegangen wurde.

Der Kondor.

Erzählung von Robert Grösch.

Ihr kräftiger, gesunder Körper liegt wie die Frische des Morgens an seiner Brust. Langsam ringt sich Francois aus dem Nebel fiebernder Träume heraus. Er drängt das Weib sanft von sich, setzt sich aufrecht und schaut wie ein Irreer um sich. Auf dem Tische liegt der Brief seiner Frau. Paulas Finger wühlen in seinem dunklen Haar, wollen ihn in die Kissen drücken. Er wehrt ab. „Nein, nicht... nicht...“ Dann schiebt er sie zur Seite, steigt aus dem Bette, geht auf unsicheren Beinen zum Tische, schiebt den Brief in das blaustirrende Kuvert und setzt sich matt auf den Stuhl.

„Francois, bist du krank?“ Sie steht aufrecht und stramm vor ihm. Auf ihrem Gesicht mischen sich Lächeln, Bangen, Verwunderung.

„Ah nein, nix krank,“ antwortet er und sitzt im Hemd dort, als wollte er vom Stuhle fallen. „Nix krank, nur... weißt Paula...“ Er fährt mit der Hand zur Stirn und macht die Bewegung des Wirbelns. „Alles im Kreise, alles ringsum. Rote Augen hatte er, rote Augen... und du und ich... weit weg...“ Narren kommen die Träume der Nacht... Der Kondor... Die Nacht... Der Landstürmer auf der Chaussee. „Nur Kleider brauchte ich... Kleider, Paula...“ Seine braunen Augen glänzen feucht, werden dunkel, brennend, bittend.

Paula tritt einen Schritt zurück. „Du willst fliehen, Francois, sag's mir!“

Er nickt. Sie holt tief Atem, ganz von unten herauf, um läßt sich wieder auf der Bank nieder. Schweigen. Von draußen her die ersten Kluge der Falanen.

„Und ich?“ fragt Paula. Der Ton zittert.

„Ja?“

Er dreht den Brief in den Händen, wendet ihn und findet keine Antwort. Langsam hebt er den Blick vom Boden.

Das Mädchen ist aufgestanden. „Nein,“ sagt sie, „nein, Francois, ich...“ Und sie weiß nicht mehr weiter. „Warum willst du fort?“ Ihre Stimme klingt hart und fremd. „Man wird dich fangen, ganz bestimmt... man wird dich wieder kriegen! Dann kommst du ins Gefängnis...“ Sie steht an der Tür. Draußen heult der graue Morgen durch den Garten. Sie schaut Francois voll an und wieder senkt er den Blick. Wie er so im Hemd und mit nackten Beinen dahockt, erscheint er ihr grau, verfallen, als hätte er eine schwere Krankheit hinter sich. Eine warme Welle flutet ihr durch die Adern. Sie löst sich von der Tür, packt seinen Kopf und löst ihn.

„So einfach kannst du fortgehen, Francois?“

„Einfach so mir nichts, dir nichts, von mir weg?“

Er nickt hartnäckig zur Diele hinab. Ein Rod kreist hinter seiner Stirn und der Boden dreht sich mit ihm...

Paula hat ihren dämlichen Tag, wie die Köchin sagt. Sonst singt Paula vormittags gern einmal, heute schweigt sie, verzifft das Grüßeln und zerhackt im Wohnzimmer beim Aufräumen ein Glas. In der Küche bleibt sie stehen und muß sich überlegen, was sie eigentlich wollte.

Bei der Arbeit hat sie eine Falte in der Stirn. Hinter dieser Falte rumoren wüste Gedanken. Also fort wollte Francois! Einfach fort. Natürlich — er hat Frau und Kinder daheim —, er hat ihr, der Paula, nichts vorgebracht. Aber daß ihm das gar nicht nahe ging, so plötzlich weg von ihr — das war nicht schön. Paula schüttelt den Kopf mit dem dicken, heute besonders nachlässig gestick-

ten Knoten, aus dem die Haarnadeln herausgucken. Wie es war so schön gewesen — fort! Sie sind sich alle gleich, die Männer, am gleichgütigsten können die sein, für die man am meisten riskiert. Und wenn ihr nun was passiert? Wenn nun... man kann doch ein Kind kriegen...! Es ist ihm gleich. Er ist dann eben fort. Da liegt ein Brief auf dem Tische, von der andern, und aus ihr's mit allem, was er ihr gesagt! Erinnert man daran, so horcht so'n Mann einfach vorbei, antwortet gar nichts...

Nein, sie hatte sich's anders gedacht, wenn es schon einmal so kommen sollte. Er war so weich gewesen, so schmiegsam und von rascher Feurigkeit, ganz anders als die hiesigen Männer — drum mußte sie ihn lieben. Und sie hatte sich manchmal selbstquälerisch vorgestellt, wie es sein würde, wenn sie einander Lebewohl sagen müßten... Da würde er ihren Kopf an sich ziehen, würde kaum sprechen können vor Weichheit und Färllichkeit, würde... ach was, wozu jetzt das Geraunze!

Sie stellt den Eimer mit hörbarem Knall zur Seite und schrubbt eine Ecke des Gastzimmers mit einer Kraft, als wollte sie die ganze Welt unter den Schrubber nehmen. So sind die Männer eben, wenn es vorbei ist — in Frankreich wie in Deutschland, überall dasselbe! Und die Frau, die würde es ihr nie danken, was sie an ihm getan... Daß sie ihm Tee brachte und Rum juckte, wenn er sich erkältet hatte.

Tränen drangen sich in Paulas Augen und der Boden schwinnt in Wasser. Aber er soll nicht fort — die andre soll noch eine Weile warten. Es ging ihm sehr gut hier... wer weiß, ob er's daheim so schön hatte!

Sie läßt den Schrubber tief im Wasser untertauchen, stößt sich auf den Stiel und weint. Sie ärgert sich über alles: über Francois, über sich, über das Leben, über... Ach, sie weiß nicht, was

sie will. Heiraten konnte er sie nicht, nein. Aber, daß er einfach so mir nichts, dir nichts... Und die Gedanken laufen von neuem im Kreise... Außerdem werden ihn die Gendarmen fangen. Schon mancher Kriegsgefangener floh, alle kriegte man wieder. Nein, sie wird ihm bestimmt nicht dabei helfen.

Die Türe klappt und harte Tritte fallen herein. Stephan.

„Morgen, Paula!“

Sie schneuert wütend, senkt den Kopf tief, damit er ihr Gesicht nicht sieht, und grüßt halbblau.

Er sieht ihr eine Weile zu. Ihr gekrümmter Rücken hat etwas Feindseliges. Da geht er wieder. Wenn die Weiber Wunden haben, soll man sie in Ruhe lassen, sonst werden sie noch verbieftert.

Langsam kann Stephan über den Fall nicht nachdenken. Sein Weg geht zum Elefantenhaus wie jeden Morgen. Er hat eine mürrische Miene, trotzdem er eigentlich heiteren, gleichmäßigen Gemütes ist. Jeder, der Tieren etwas Lehren will, muß dieses Gemüt mitbringen. Aber in Stephens Gesicht nistet der Zweifel an einer Arbeit, die bis heute erfolglos war. Der Max will nicht und will nicht über das Flaschenbrett hinweg. Ob es heute gelingt? Der Dompteur vom Zirkus hat ihm einmal gesagt, daß man auch bei Tieren auf alle Ueberraschungen gefaßt sein muß. Färllich klappt etwas, was jeder Fachmann für ausgeschlossen hielt.

Im Elefantenhaus rumort der helle Tag. Stephan sieht mit Stauern, daß Max schon bei der Arbeit ist. Er geht rund im Kreise und auf seinem Rücken thronen mit hochgerichteten Hörnern die keine Ziege Red. Die mexikanische Alma liegt an der Wand auf ihrem Strohsack und schaut der Szene zu mit dem Wismut der Verschmähten.

(Fortsetzung folgt.)

Abgeordnetenhaus.

Die Abstimmung über die Wählerreform ver-
schoben.

Das Plenum des Abgeordnetenhauses hielt am Mittwoch mittags eine zweieinhalbstündige Sitzung ab, in der die Debatte über den Wählerreform (Nat.), Wagner (D. Nat.), Wenzel (D. Nat. Soz.) und der tschechische Genosse Koudelka, der ein modernes Fortgesetz und einen entsprechenden Ausbau des staatlichen Aufwachtdienstes über das private Fortsetzen forderte. Er warnte davor, einen großen Teil unserer Wähler gewissen agrarischen Genossenschaften zu geben oder den Genossenschaften der Mannschaften zuzuteilen, da dies nur eine Erneuerung des öffentlichen Gutes bedeuten würde.

Zum Schluss kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem tschechischen Agrarier Stanek und dem Kommunisten Mikulisek, der behauptet hatte, daß Stanek, bzw. seine Familie bei der Bodenverteilung auf dem Postwitzer Gut auffallend begünstigt worden sei.

Mikulisek behauptet auf die Erklärung Staneks neuerlich, daß das Postwitzer Gut mit Zustimmung des Bodenanwiesers um kaum die Hälfte seines Schätzwertes von 13 Millionen an eine Gesellschaft verkauft worden sei, an der der Sohn Staneks und noch ein Verwandter beteiligt waren. Als Vorwand für den Verkauf habe eine Forderung der vertriebenen Bodenbesitzer gedient, die auf dem Gut lastete; angeblich damit die Einleger der Bank nicht um ihr Geld kämen, habe das Bodenanwiesungsamt die Gesellschaft vorteilhaften Verkauf eingewilligt.

Die Sitzung gedieh noch bis zur Verlesung der eingehenden Abänderungsanträge; dann mußte die Sitzung aber abgebrochen und die Abstimmung auf die nächste Sitzung vertagt werden, weil die Abhaltung die notwendige Präsenz nicht aufzutreiben vermochte und sich wahrscheinlich keinen Überraschungen aussetzen wollte.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 23. Juni, um 3 Uhr nachmittags.

Landwirtschaftliche Fragen.

Der landwirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Abg. Prokopel am 15. Juni mit einer Reihe kleinerer Vorlagen. Zugestimmt wurde der Aufhebung von Vorschriften, welche die freie Verfügung von Immobilien in Karpatenland beschränkten, ebenso einer Vorlage, welche den Gegendern, in denen das Vieh von der Leberegel-Seuche betroffen ist, Hilfe bringen soll. Bei der Beratung der Vorlage betreffend die Verlängerung des Gesetzes über Zollvereinfachungen für die Einfuhr von Maschinen bis 30. Juni 1928 hob Genosse Schweichart hervor, daß die Bereitstellung guter und möglichst billiger Maschinen sowie Werkzeuge für die Landwirtschaft zwecks Hebung der Produktion unbedingt notwendig ist. Die agrarische Hochschutzzollpolitik, welche als Gegenleistung gewissen Industrien ebenfalls Hochschutzzölle bringt, verhindert aber durch sehr hohe Zölle die Einfuhr ausländischer Qualitätsmaschinen. Angesichts der Rationalisierungsbestrebungen und der Richtlinien der Genfer Weltwirtschaftskonferenz muß man den weitestgehenden Zollabbau in Verbindung mit der Aufhebung des Bewilligungsverfahrens fordern. Augenommen wurde auch der Entwurf des Vergesetzes, das Vorbedingungen für die Rekultivierung der durch den Bergbau verwüsteten Gebiete schaffen soll.

Im Sinne der Anträge zugunsten der durch Elementarschäden Geschädigten wird eine Vorlage dem Hause unterbreitet. Nach Reminiscenzen von Petitionen urgierte Gen. Schweichart zum Schluß der Sitzung die rasche Erledigung der von unseren Genossen eingebrachten Vorlage über die Verlängerung des Kleinpächtergesetzes.

Einschläferungsversuche.

Der Vorsitzende der deutschen Gewerkschaften, Abgeordneter Stenzl, von dem schon so viele „aufsehen“ erregende Kundgebungen ausgegangen sind, hat beim Reichsparteitag der deutschen Gewerkschaften in Prag am 12. Juni 1927 auch das Gesetz betreffend die Anstellung längerdienender Unteroffiziere besprochen, das bekanntlich alle öffentlichen Körperschaften und auch gewisse Privatunternehmungen zur Anstellung längerdienender Unteroffiziere zwingt. Er führte dabei unter anderem folgendes aus:

„Dabei ist immer auf die Qualifikation und die sprachliche Befähigung Rücksicht zu nehmen. Wenn also eine deutsche Gemeinde erklärt, sie könne den ihr präsentierten Unteroffizier nicht brauchen, weil er sprachlich nicht entspricht, kann sie niemand zwingen, ihn anzunehmen. Es ist also unrichtig, wenn einzelne deutsche Parteien behaupten, die deutschen Regierungsparteien hätten die deutschen Arbeitsplätze verraten und verkauft. Wir Gewerkschaften sind Gegner des unfruchtbarsten Militarismus. Wir hassen den Militarismus, insbesondere in diesem Staat mit Rücksicht auf dessen geographische Grenzen, die gar nicht verteidigt werden können, für unnützlich. Wir sind daher für den Abbau des Militarismus. Was allerdings erst möglich sein wird, so bald der Staat sich vom Diktat Frankreichs befreit haben wird. Aber der Militarismus ist nun einmal da und wir müssen mit ihm rechnen. Wir müssen dabei auch bedenken, daß viele Industrie und Gewerbe für das Militär tätig sind und daß

Die Wählerlisten liegen auf!

Sichert Euch das Wahlrecht!

Wieder, wie alljährlich im Juni und Dezember, werden vom 15. Juni angefangen durch acht Tage die ständigen Wählerverzeichnisse zur öffentlichen Einsicht ausliegen und es wird möglich sein, Einwendungen gegen die Wählerverzeichnisse einzubringen. Die Auflegung der Wählerverzeichnisse hat diesmal ganz besondere Bedeutung; auf Grund der jetzt richtiggestellten Wählerverzeichnisse werden heuer im Herbst Gemeindevahlen stattfinden. Wer sich nicht jetzt um sein Wahlrecht kümmert, läuft Gefahr, daß er bei den Gemeindevahlen nicht stimmen kann.

Jetzt ist die letzte Gelegenheit, sich das Stimmrecht für den bevorstehenden Wahlgang zu sichern.

In Österreich bestand vor dem Kriege ein anderes System. Man konnte vor jeder Wahl sein Wahlrecht reklamieren, es gab aber auch keine ständigen Wählerlisten, die Wählerverzeichnisse wurden vielmehr vor jeder Wahl und nur für diese Wahl eigens zusammengestellt. Die Einrichtung der ständigen Wählerlisten bedeutet an und für sich einen gewissen Fortschritt, denn es wird viel überflüssige Arbeit und damit Geld erspart, wenn die Wählerlisten nicht immer wieder neu zusammengestellt werden müssen. Auch können naturgemäß ständige und ständig in Evidenz geführte Wählerverzeichnisse viel sorgfältiger angelegt werden, als solche, die in aller Hast und schon im Wahlstieber zusammengestellt werden.

Aber die Sache hat auch ihre Schattenseite und eine sehr große Schattenseite dazu. Die Verlegung des Reklamationsverfahrens in eine Zeit, da der nicht ausgetreten politisch interessierte Mensch gar nicht an Wahlen denkt, hat zur Folge, daß sich viele Wähler um ihr Wahlrecht nicht kümmern, die prinzipielle Möglichkeit der sorgfältigeren Führung der Wählerlisten wird nicht verwirklicht, weil die dazu notwendige Mitwirkung der Staatsbürger fehlt. Fast noch schlimmer ist aber der Umstand, daß z. B. im November niemand wählen darf, bei dem nicht schon im Juni alle Voraussetzungen des Wahlrechtes gegeben waren, das heißt aber, daß die gefällige dreimonatige Zeitsfrist durch die Einführung der ständigen Wählerlisten praktisch verlängert wird, und zwar unter Umständen bis auf neun Monate.

Die Mängel der ständigen Wählerlisten lassen sich mit ihren Vorzügen ohnehin vereinen. So hat z. B. auch das republikanische Österreich die Einrichtung der ständigen Wählerverzeichnisse eingeführt, aber dort findet trotzdem, neben dem regelmäßigen Reklamationsverfahren, auch vor jeder Wahl ein solches statt. Die reaktionäre Zeitsfristbestimmung kennt Österreich überhaupt

die Armee der Arbeitslosen beträchtlich anwachsen würde, wenn man das Militär von heute auf morgen abschaffen würde. In allerdings bescheidenem Ausmaße sind auch deutsche Genossenschaften mit Heereslieferungen betraut.“

Demgegenüber ist folgendes zu bemerken:

Unrichtig ist, daß bei der Anstellung längerdienender Unteroffiziere immer auf die Qualifikation und die sprachliche Befähigung Rücksicht zu nehmen ist und daß, wenn eine deutsche Gemeinde erklärt, sie könne den ihr präsentierten Unteroffizier nicht brauchen, weil er sprachlich nicht entspricht, sie niemand zwingen könne, ihn anzunehmen. Richtig ist, daß zwar der Bewerber für die Verleihung des betreffenden Dienstpostens festgestellten allgemeinen und besonderen Bedingungen entsprechen soll, daß aber darüber, ob dies der Fall ist, schließlich und endlich nicht der Dienstgeber, sondern die durch Regierungsverordnung zu bestimmende Behörde entscheidet wird, die die Verleihung des Dienstpostens als ungültig erklären und die Entlassung eines Angestellten verfügen kann, wenn nach ihrer Meinung ein den Anstellungsbedingungen entsprechender Bewerber vorhanden war. Wenn also beispielsweise eine Gewerkschaft einen Manipulationsbeamten einstellt und hierbei keinen der sich bewerbenden längerdienenden Unteroffiziere in sprachlicher Beziehung für geeignet befindet, so kann die Behörde anderer Anschauung sein und die Befehung des Postens mit einem Bewerber, der nicht längerdienender Unteroffizier ist, für ungültig erklären und seine Entlassung verfügen. Weshalb für die deutschen Parteien die Forderung nach dem Abbau des Militarismus erst möglich sein soll, sobald der Staat sich vom Diktat Frankreichs befreit haben wird, ist nicht recht einzusehen. Durch die Unterfütterung des Militarismus wird ja gerade das Diktat Frankreichs auf unabsehbare Zeit sichergestellt. Interessant ist das Geständnis, daß „in allerdings bescheidenem Ausmaße auch deutsche Genossenschaften mit Heereslieferungen betraut“ sind. Es scheint also nicht weit her damit zu sein. Wenn Herr Stenzl schon nicht für die Heeresabrüstung ist, so wäre ihm zu empfehlen, sich selbst als Politiker abzurufen, ehe das noch seine Wähler befragen.

Abgeordneter Stenzl ließ sich auch über das neue Gemeindefinanzgesetz aus und sagte da folgendes:

Die Gemeinden dürfen in Zukunft nicht mehr als 200 Prozent, bzw. im Notfalle 300 Prozent Umlagen einheben. Sie erhalten dafür

nicht, wer am Tage der Wahlauschreibung wahlberechtigt ist, der kann sein Wahlrecht auch ausüben. Unsere Genossen haben schon wiederholt im Parlamente verlangt, daß unser Wahlrecht in diesem Sinne verbessert werde, die Mehrheit blieb aber solchen Forderungen gegenüber taub.

Worin besteht das Reklamationsrecht?

Um so eifriger muß jeder Genosse die Möglichkeit ausnützen, die ihm jetzt geboten ist. Die Einwendungen, die gegen die Wählerverzeichnisse zulässig sind, sind zweierlei Art: Man kann verlangen, daß ein Wähler, der nicht im Verzeichnis steht, in dasselbe aufgenommen wird, oder daß ein Nichtwähler, der im Verzeichnis enthalten ist, aus diesem gestrichen wird. Daneben kann noch die Richtigstellung des Geburtsdatums oder einer falschen Bezeichnung des Wählers gefordert werden. Wenn jemand sein eigenes Wahlrecht reklamiert, so kann er die Einwendung selbst einbringen, obwohl er nicht im Wählerverzeichnis steht, sonst kann nur ein Wähler reklamieren, der im Wählerverzeichnis eingetragen ist. Es genügt aber die Eintragung in irgendeiner Gemeinde des Wahlkreises. Die Einwendung ist innerhalb der Frist, in der die Wählerverzeichnisse ausliegen beim Gemeindeamt einzubringen, die Entscheidung fällt die Reklamationskommission, wegen noch die Beschwerde an den Wahlgerichtshof zulässig ist. In einer Einwendung darf nur ein Fall behandelt werden.

Wer kann und muß in die Wählerverzeichnisse aufgenommen werden?

Wer also das 21. Lebensjahr überschritten hat, seit dem 15. März in seiner jetzigen Aufenthaltsgemeinde wohnt, nicht wegen eines christlichen Terrors verurteilt wurde, nicht vom Gericht für unfähig erklärt wurde, über sein Vermögen frei zu verfügen und nicht im Konkursverfahren verfangen ist, hat das Recht, in die ständigen Wählerverzeichnisse aufgenommen zu werden, natürlich unter der Voraussetzung, daß er die Staatsbürgerschaft besitzt. Der Soldaten, auch den zur Waffenübung eingetragenen Reservisten, ist durch den Verfassungsbruch des Bürgerblocks das Wahlrecht geraubt worden.

Die bevorstehenden Gemeindevahlen werden als erster Wahlgang seit der Aufrichtung der Bürgerregierung von großer politischer Bedeutung sein. Darum, Genossen, sichert Euch Wahlrecht! Zieht in den Wählerverzeichnissen nach! Verlangt die Richtigstellung aller Fehler!

Nicht erst am Wahltag, sondern nur in unermüdbarer Vorbereitungsarbeit sichern wir den Sieg!

Beiträge aus dem sogenannten Ausgleichsfonds. Es ist richtig, daß dadurch förmliche Prämien für schlechte Wirtschaft bezahlt werden, es geht aber nicht anders. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß dieses Gesetz nur vorübergehenden Charakter tragen darf und daß es nicht auf Jahrzehnte berechnet ist. Es sollen damit die Selbstverwaltungskörper nur aus ihrer Vorkaufung gerettet werden. Damit Gebiete bei diesen Zuwendungen nicht benachteiligt werden, haben wir vom Finanzminister die öffentliche Rechnungslegung gefordert.

Daß die Gemeinden für die Beschränkung der Gemeindefinanzbeiträge aus dem sogenannten Ausgleichsfonds enthalten sollen, ist neu. Nach dem Gesetzesentwurf können, nicht sollen, nur solche Gemeinden, die auch mit dem Höchstzuschlagsprozente das Auslangen nicht finden können, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel Unterstützungen aus diesem Fonds, u. zw. nach freiem Ermessen des den Fonds verwaltenden Landesausschusses erhalten. Herr Stenzl scheint nicht zu wissen, daß man den Gemeinden auch den unmittelbaren Anteil an der Umsatz- und der Luxussteuer nimmt und diesen Anteil den Fonds gibt. „Wir“, d. h. Herr Stenzl, haben die öffentliche Rechnungslegung über die Ausgleichsfonds gefordert; daß aber der Finanzminister dieser Forderung auch Rechnung tragen wird, darüber schweigt des Sanges Höflichkeit. Neu und höchst originell ist das Rezept des Herrn Stenzl, die Gemeinden durch Entziehung ihrer Einnahmen zu entschuldigen. Vielleicht könnte das auch auf Privatschuldner angewendet werden. Daß Herr Stenzl für die Prämien für schlechte Wirtschaft gestimmt hat, ist auch sonderbar, höchst sonderbar.

Von der Mitwirkung des Herrn Abgeordneten Stenzl bei der Verschönerung darf man sich noch schöne Früchte erhoffen.

Handeln wir!

Das Echo der russischen Ereignisse in der bürgerlichen Presse.

Unter dem oben erwähnten Titel schreiben die „Morodni Listy“ im Leitartikel:

Die kommunistischen Morde in Rußland sind ein grausiges Dokument dessen, wie naiv der Glaube aller derjenigen ist, die wähnten, daß der Kommunismus eine Evolution durchläuft, durch welche die Regierung der Gewalt allmählich in der Richtung der staatsbürgerlichen Freiheiten umgewandelt werden wird. Das Morde, welches nunmehr die sowjetische Regierung, welche die

Das Kabinett Marx schon wieder gestolpert.

Die Posttarifierhöhung vom Reichstag abgelehnt.

Berlin, 1. Juni. (Eigenbericht.) Die Regierung hat in der heutigen Reichstagsitzung wiederum eine bemerkenswerte Niederlage erlitten. Nur der Tagesordnung stand die Frage der vom Verwaltungsrat der Reichspost angeforderten Erhöhung der Postgebühren. Die Sozialdemokraten hatten den Antrag gestellt, daß der Reichspostminister die Zurückziehung dieser Verfügung veranlassen solle, und dieser Antrag wurde mit 175 gegen 171 Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Es ist aber nicht zu erwarten, daß die Regierung aus dieser Niederlage irgendwelche politische Konsequenzen ziehen wird, da die Reichspost ein selbständiges Unternehmen darstellt, für dessen Maßnahmen der Verwaltungsrat die Verantwortung trägt. Immerhin zeigt die Abstimmung, daß das Schicksal der Regierung nur von wenigen Stimmen abhängt.

gemäßigte kommunistische Fraktion darstellt, durchführt, zeigt, wie kindisch und naiv die Hoffnungen auf die Evolution im Kommunismus waren. Kommt jemand mit solchen Utopien ins öffentliche Leben und bedenken diese Utopien die Zerlegung alles dessen, was das Gesetz schützt und aufrecht erhält, muß er als gefährlicher Mensch bestrafung werden, gleichgültig an welcher Stelle er steht. Hier hilft nicht nur der Staat, hier ist auch eine Aufgabe für die Bürgerwehr, denn der private Angehörige und Funktionär kann genau so gefährlich sein wie der öffentliche Funktionär. Gefahr ist im Verzuge Sie ist ernst und groß Handeln wir!

Solche Zitate könnten wir aus der bürgerlichen insbesondere der halbsozialistischen Presse mehrere bringen. Sie zeigen, welche Antwort das Bürgertum auf die Hinrichtungen in Rußland geben will. Erkennen die Kommunisten nicht daran, was sie mit ihrem Regime des Terrors und der Tscheka in Rußland anrichten?

Die Opposition in der tschechischen Agrarpartei.

Wie die „Pilsner „Nova Toba“ berichtet, entwickelt die Opposition in der Agrarpartei, die ein eigenes Sekretariat in Prag besitzt, in der letzten Zeit eine lebhaftere Tätigkeit. Sie gibt auch ein Blatt heraus, den „Agrarn Demokrat“. Dieser Tage hat sie einen Aufruf veröffentlicht, in dem es unter anderem heißt: „Wir teilen Ihnen mit, daß die agrarische Oppositionsmacht wächst. Wir arbeiten zielbewußt, so daß das Ergebnis unserer ehrlichen Arbeit für das Landvolk vollkommen gesichert ist und die Oppositionsbewegung durch nichts aufgehalten und vernichtet werden kann. Im Chrudimer Gebiet haben alle Funktionäre der republikanischen Partei auf ihre Funktionen verzichtet und die Partei wird im Bezirk keine Versammlungen abhalten. Auf dem böhmisch-mährischen Höhenzug wurde eine Versammlung der Abgeordneten Dr. Jábina und Dougl veranstaltet, zu der 19 Teilnehmer erschienen, von denen die Mehrheit Beamte der Partei und der wirtschaftlichen Korporationen waren, so daß sie wegen geringer Teilnahme nicht abgehalten werden konnte. Im tschechischen Süden und Westen haben viele Organisationen und einzelne Funktionäre der Partei mit der passiven Resistenz begonnen und auch die Besuche der Minister, die der Generalsekretär heran bestellte, halfen nichts. Ebenso ist es in den Gebieten von Liban, Jitschin, Brandeis, Příbram, Sokowiz, Jungwozic, Sobeslau und anderer mehr. In Wäheren werden oppositionelle Listen für die Gemeindevahlen aufgestellt, ohne daß wir irgendwelche Winke hinausgegeben haben. Die Zentrale der republikanischen Partei verdedt künstlich die Zerlegung in ihren Organisationen und Reichen. Einzelne Funktionäre der Partei führen untereinander einen Kampf, der in absehbarer Zeit öffentlich zum Ausdruck kommen wird.“

Da es schon öfters oppositionelle Strömungen in der Agrarpartei gegeben hat, die nicht durchgedrungen sind, ist auch diese Nachricht mit Vorsicht anzunehmen, wenn auch feststeht, daß die großagrarische Politik der tschechischen Agrarpartei die kleineren Besitzer immer wieder zur Opposition innerhalb der Partei treiben muß.

Auflösung der Skupština.

Neuwahlen am 11. September.

Belgrad, 15. Juni. Der König unterzeichnete den Ukas über die Auflösung der Skupština und die Durchführung von Neuwahlen am 11. September l. J. Die durch die Demission des Justizministers Erslic hervorgerufene partielle Ministerkrise wird durch eine Rekonstruktion des Kabinetts Bulicevic beigelegt werden, indem die Radikalen Dr. Peric (Unterricht), Dr. Zavic (Volksgesundheit), Kocic (Post und Telegraphen), Subotic (Justiz), Obradovic (Kultusministerium) und der Demokrat Anđelkovic (Ausgleich der Gerechtigkeit) in das Kabinett eintreten werden. Durch die Rekonstruktion der Regierung soll den Wünschen der Radikalen und demokratischen Politiker Rechnung getragen werden.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 15. Juni.

Table with 3 columns: Gold, Ware, and prices for various currencies like 100 Holländische Gulden, 100 Reichsmark, etc.

Volkswirtschaft.

Neuerliches Ansteigen der Großhandelspreise!

Der Index für Großhandelspreise für den 1. Juni l. J. verzeichnet nach den Erhebungen des statistischen Staatsamtes (Preisberichte Nr. 15) bei Zugrundelegung der Preise vom Juli 1914 d. i. 100 eine Erhöhung von 988 im Mai auf 990 (plus 0,2 Prozent) in Gold von 144,4 auf 144,7. In der Gruppe „Nahrungs-Genuß- und Futtermittel“ änderte sich der Gesamtdurchschnitt gegenüber dem Mai nicht, die einzelnen Komponenten dieser Gruppe weisen aber folgende Forderung auf: die pflanzlichen Nahrungsmittel stiegen um 1,6 Prozent, die tierischen sanken um 1,6 Prozent, die Gruppe „verschiedene“ um 1,0 Prozent. Es stiegen die Getreidepreise außer den Gerstenpreisen (am meisten Hafer plus 9,4) dagegen sanken hauptsächlich Weizen (minus 13,0 Prozent) Butter (minus 11,3 Prozent), Hopfen (minus 5,9 Prozent) und Gerste (minus 4,1 Prozent). Die Gruppe der Industriestoffe und Produkte verzeichnet eine Preissteigerung von 0,4 Prozent. In dieser Gruppe sanken die Preise der Mineralien um 1,2 Prozent, (am meisten die Preise von Blei 5,9 Prozent), dagegen erhöhten sich die Textilienpreise um 2,9 Prozent, Baumwolle zog um 10,8 Prozent an, Baumwollgarn um 9,7 Prozent, Nachs um 1,8 Prozent, Wolle blieb unverändert, Seide und Zude sanken mäßig. Im dritten Teil der Industriegruppe, die eine Preiserhöhung von 0,3 Prozent verzeichnet, weisen bloß 5 Warengruppen eine Preisveränderung auf, u. zw. Leinöl plus 5,3 Prozent, weiches Holz plus 2,7 Prozent, geräuchertes Leder plus 1,0 Prozent, Rohhäute plus 0,6 Prozent und Ziegel minus 0,7 Prozent. Was die Herkunft der Waren betrifft, haben sich die eingeführten Waren um 0,6 Prozent gestiegt und die einheimischen um 0,1 Prozent.

Für die Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe.

Bei Beratung verschiedener Gegenwartsprobleme der Handelsangestellten wurde von den Vertretern der Fachgruppe Handel im Zentralverband der Angestellten Zih Teplich-Schönau in der am Sonntag, den 12. Juni 1927 in Bodenbach stattgefundenen Tagung nachstehende Entschließung angenommen und an die zuständigen Stellen weitergeleitet.

Die am Sonntag, den 12. Juni 1927 in Bodenbach versammelten Vertreter der im Zentralverband der Angestellten, Zih Teplich-Schönau, vereinigten Handelsangestellten protestieren leidenschaftlich gegen die reaktionäre Absicht einiger Handelsangestellten in ländlichen Gegenden, die im Verordnungswege eingeführte Sonntagsruhe wiederum zu Fall zu bringen.

Die Konferenz stellt übereinstimmend fest, daß die überwiegende Mehrheit der Konsumenten, auch im ländlichen Gebiete, lehnt die Einführung der Sonntagsruhe als Erfüllung eines berechtigten Verlangens der Handelsangestellten begrüßt hat und spricht den Gewerbetreibern das Recht ab, die Aufhebung der Sonntagsruhe-Verordnungen im Namen der ländlichen Bevölkerung zu fordern.

Die arbeitende Bevölkerung steht geschlossen hinter dem Verlangen der Handelsangestellten auf Beibehaltung der Sonntagsruhe und wünscht ihre Einführung im gesamten Staatsgebiete.

Die Sachgruppenleitung erhebt gegen die vom Handelsministerium veranlaßten Revisionen in den Bezirken Tadan, Pilsenerberg, Gaid, Tepl, Lubitz, Pödersam, Nemes und Aralovice den schärfsten Protest, erwartet die Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe-Verordnungen in diesen Bezirken und fordert ihre Ausdehnung auf das gesamte Staatsgebiet im Gesetzwege.

Die Tagung nahm auch zu den bevorstehenden Schiffsverträgen, zu der Mißachtung der Sperrvorschriften in den Abendstunden, zum Ueberhandnehmen vermehrer LehrlingsEinstellung im Handels- und Expeditionsgerwerbe sowie zum Entwurf des neuen Angestellten-Gesetzes Stellung und faßte dementsprechend Beschlüsse zur Sicherung des Arbeitsplatzes der Angestellten und zum Ausbau der Angestellten- und Lehrlings-Schutzgesetzgebung.

Die internationale Organisation der Radioindustrie.

Die vier Weltgesellschaften auf dem Gebiet der drahtlosen Telegraphie, nämlich die deutsche Telefunken G. m. b. H., die englische Marconi Wireless Tel. Co., die amerikanische Radio Co. of America und die französische Compagnie Generale de Telegraphie sans Fil haben sich zwecks besserer Ausnützung der von ihnen

In der Männerstrafanstalt Karthaus.

Von J. Reismann.

Frug stand gerade im Zeichen der Präsidentenwahl — es war Freitag, den 27. Mai — als ich nach Jitschin fuhr, um die Männerstrafanstalt Karthaus zu besichtigen, die etwa 1/4 Bevölkerung von der Kreisgerichtsstadt Jitschin gelegen ist. Es war um dieselbe Zeit, da man auf dem Parlamentsgebäude die Staatsflagge hängte, um zu verkünden, daß der Philosoph und Ethiker Th. G. Masaryk, der Lehrer der Humanitätsideale, von der Bevölkerung dieses Staates, Tschechen und Deutschen, zum zweitenmale zum Staatsoberhaupt gewählt wurde, als mir die schweren Eisengitter des Zuchthaus Karthaus geöffnet wurden, damit ich die Räume und Zellen besichtigen, in welchen die Unsißer der Gesellschaft, Ausgestoßene, Verbrecher und Unselbstliche, seit Jahren interniert leben. Denn Karthaus ist eine Strafanstalt für Verurteilte, die ein paar Jahre Kerker abzuüben haben oder auf lebenslängliche Dauer in diesem Zuchthaus interniert wurden. Das Zuchthaus Karthaus. Ein Name, der schon zu Oesterreichs Zeiten jeden mit Angst und Schrecken erfüllte. Wie in den anderen Strafanstalten, stand mir auch hier der Direktor der Anstalt, Herr Erhart, als Führer zur Seite und ich stelle gerne fest, daß mir auch Herr Direktor Erhart während der Zeit meines fast dreißündigen Aufenthaltes in der Strafanstalt bereitwilligst jede Auskunft erteilte und allen meinen Wünschen entgegenkam. Ein Besuch im Kriminal ist keine alltägliche Sache. In der Regel dürfen die Verurteilten nur von ihren Angehörigen besucht werden. Diese betreten jedoch niemals die eigentlichen Räume des Kriminalen (Arbeitszelle und Zellen). Zu diesem Zwecke ist in jeder Strafanstalt ein eigener Besuchsaal eingerichtet, wohin der Sträfling von einem Aufseher geführt wird. In diesem Besuchsaal ist der Angehörige von dem Sträfling durch eine Barriere getrennt, so daß er wohl mit ihm sprechen, ihm aber nicht die Hand reichen kann. Geschenke jeder Art, speziell Epworen, sind nicht gestattet, da der Sträfling nur das als Nahrung bekommt, was ihm laut Vorschriften zuteilt und was er sich durch seine Arbeit als Zubehö verdient. Ueber die Strafanstalten herrscht in der Öffentlichkeit vielfach ein merkwürdige Aufschauung. Entweder spricht das Publikum mit Entsetzen davon oder es fesselt sich über die Verhältnisse in ihrem Gerichtslokalreferat oftmals so dar, als ob das Zuchthaus jetzt ein modernes Sanatorium wäre, wenn irgendein obdachloser Vagabund eine Verurteilung gleichgültig oder mit Humor entgegennimmt, um meistens über den Winter ein Wohl gefunden zu haben. Allerdings ist Karthaus kein Winterhof, sondern schon ein dauernder Anhaltort für eine Reihe von Wintern.

Bevor ich auf die internen Verhältnisse der Strafanstalt Karthaus eingehe, welche sich in bezug auf die Anstaltsordnung von der des Gefängnisses Pantau und der Strafanstalt Repp im wesentlichen nicht unterscheiden, ein paar Worte über die Historie der Strafanstalt Karthaus. Die Männerstrafanstalt ist in dem ehemaligen, von Albrecht von Waldstein, Herzog von Friedland, erbauten Karthauserkloster untergebracht und führt nach diesem Orden den Namen Karthaus. In der Kirche der Strafanstalt ist noch die Gruft Wallenstein's zu sehen, dessen Särge aber nach Mählenberg überführt wurde, wo er jetzt begraben liegt. Mit dem Baue wurde 1627 begonnen. Vor dem Kloster wurden 29 kleine Häuschen für die Arbeiter des Klosters erbaut. Ringsherum liegt hübsches Land, fruchtbare Wiesen und ein großer Hügel, aus der Ferne leuchten die Bergketten des nahen Gebirges herüber, wir befinden uns hier am Eintritt ins „Böhmisches Paradies“, in der Gegend, wo die meisten Novellen des im Vorjahre verstorbenen Schilderers des tschechischen Kleinbenerlebens, Karl S. Kals, spielen. Im Jahre 1782 wurde das Kloster von Josef II. aufgehoben und diente dann zu verschiedenen Zwecken; 1855

durch eine große Anzahl von Patenten fast monopolistisch beherrschten Fabrikation von Radioapparaten zusammengefaßt. Alle von ihnen gemachten oder angekauften Erfindungen werden gegenseitig ausgetauscht. Die ausschließliche Versorgung des Inlandsmarktes wurde den einzelnen Gesellschaften für ihr eigenes Land zugesichert. Was die einzelnen an der internationalen Organisation beteiligten Konzerne anbelangt, so ist die deutsche Telefunken G. m. b. H. nur eine Konstruktions- und Verkaufsorganisation, die Fabrikation der Apparate erfolgt bei der A. G. S. und Siemens-Gesellschaft, die an der Telefunken G. m. b. H. zu gleichen Teilen beteiligt sind. Ähnlich ist es bei der amerikanischen Radiogesellschaft, wo die Apparate durch die General Electric Co. und den Westinghouse Trust hergestellt werden. Die Radio Corporation selbst hat im amerikanischen Verkehr ein absolutes Monopol, während sie vom europäischen Verkehr 30 Prozent, von dem nach dem Fernen Osten 50 Prozent für sich in Anspruch nimmt. Die im Jahre 1913 gegründete französische Firma ist eine Dachgesellschaft. Mit der Ausführung und dem Betrieb sind zahlreiche Unternehmungen beschäftigt. Die Gesellschaft betreibt den Radioverkehr monopolistisch auf Grund einer staatlichen Konzession für die Dauer von 30 Jahren. Der Staat ist mit 25—50 Prozent an dem Gewinn beteiligt.

Der internationale Zündholzcentrum und die tschechoslowakische Industrie.

Wir haben bereits mehrmals darüber berichtet, daß sich der schwedisch-amerikanische Zündholzcentrum, der unter Führung Zivan Kreugers

avancierte es zur österreichischen „Zentralstrafanstalt“, wie der offizielle Titel lautet. Die Anstalt wurde für Sträflinge bestimmt, die eine längere als zehnjährige Kerkerhaft abzuüben hatten, auch der Klostergarten wurde vom Kerar erworben, die Adoptionsarbeiten dauerten zwei Jahre. Im Jahre 1857 kam der erste Transport (Sträflinge aus Polen hieher, 17 Mann, am Ende desselben Jahres bringt Karthaus bereits 634 Insassen, da 505 Sträflinge aus den Kerkern des Brünner Zuchthaus hieher gebracht wurden. Die Leitung des Zuchthauses legte man in die Hände von Nonnen. Es waren Schwestern des Karl Borromäus-Ordens, die heute noch das Frauengefängnis Repp leiten. Das Disziplinhalten fiel ihnen wohl nicht besonders schwer, denn die hochwürdige Frau Oberin besah — das Zuchthausgericht über die männlichen Sträflinge, in der Früh hielt sie den Rapport mit den Gefangenen, und ließ ihnen als Strafe Autenstreiche verabreichen. Im Jahre 1868 entschloß sich endlich der Staat, die Leitung des Zuchthauses in eigene Regie zu übernehmen.

Das Objekt umfaßt einen 11,51 Hektar großen Raum und wird von einer vier Meter hohen Steinmauer eingeschlossen, so daß eine Flucht kaum möglich ist: das Hauptgebäude hat die Form von zwei aneinandersitzenden Rechtecken. Es gibt eine große Anzahl Gemeinschaftszellen und noch mehr Einzelzellen. Die größte Gemeinschaftszelle ist in der ehemaligen Klosterbibliothek untergebracht und hat einen Belag von 23 Eichenbrettern. Die Einzelzellen haben kleine, vergitterte Fensterchen, durch die der Gefangene einen kleinen Streifen Himmel gewahren kann. Die Einzelzellen sind 4 Meter lang, 2,38 Meter breit und 2,82 Meter hoch, es ist hier Luftheizung in den Wänden eingeführt, doch mag es im Winter kalt genug sein. In allen Zellen gibt es elektrisches Licht, das vom Gang aus eingeschaltet wird, während der Nacht brennt eine kleine Birne in jeder Zelle, dagegen besitzt die Strafanstalt keine Wasserleitung. Zehn Zellen sind für Dunkelhaft bestimmt, die der Sträfling strafweise ohne Decke erhalten kann. In den Zentralszellen werden auch die neuen Ankommlinge acht Tage lang in Quarantäne gehalten, um sie zu beobachten und um namentlich ihre Charaktereigenschaften zu prüfen. Jeder freiere Schritt innerhalb des Zuchthauses, also beispielsweise von der Zelle auf den Gang, muß wohlverdient werden durch Vertrauen, das sich der Sträfling erst erwerben muß. Besonders Begehrte sind schon die Gangzelle, die das Recht besitzen, aus den Gemeinschaftszellen auf den Gang zu gehen, um ihn zu fegen oder das Essen zu holen.

Die Zahl der Gefängniswärter beträgt 80, außerdem hat ein Zug des H.-Reg. Nr. 22, bestehend aus 28 Mann, durchwegs ungarische Soldaten, die in Jitschin dienen müssen, Dienst. Die Zahl der Sträflinge betrug am 31. Dezember v. J. 452 Mann. Nach der Zeitdauer der Verurteilung läßt sich hier:

- 26 Zehnjährige
64 mit Strafen von 10 bis 20 Jahren
57 mit Strafen von 5 bis 10 Jahren
115 mit Strafen von 3 bis 5 Jahren
7 mit Strafen von unter 1 Jahre (ausnahmsweise)
Dem Alter nach waren:
unter 18 Jahren . . . 1 (ausnahmsweise auf seine Bitte, sonst in Nikolsburg)
von 18 bis 24 Jahren 23 Sträflinge
von 24 bis 30 Jahren 191 Sträflinge
von 30 bis 50 Jahren 196 Sträflinge
von 50 bis 60 Jahren 32 Sträflinge
über 60 Jahre 7 Sträflinge

Mit dem Umsturz wurden die meisten Lebenslänglichen amnestiert, der älteste Sträfling in der Anstalt befindet sich seit dem Jahre 1894, also 33 Jahre, dort. Er ist wegen eines Raubmordes verurteilt.

steht, über eine ganze Menge von Staaten verbreitet. Kreuger hat sich auch bereits bemüht, die tschechoslowakische Zündholzindustrie zum Bestande seines Trusts zu machen. Wiewohl ihm dies bisher nicht gelungen ist, ist seine Arbeit doch nicht ganz ergebnislos geblieben. In der letzten Zeit ist es nämlich zu einem Uebereinkommen zwischen Kreuger und der tschechoslowakischen Zündholzindustrie sowie der österreichischen Konkurrenz auf den Auslandsmärkten verhandelt wird.

Internationale Arbeit-Konferenz. Annahme der Krankenversicherung für Landarbeiter.

Die Genfer Arbeitskonferenz hat am Montagabend das zweite Abkommen über Krankenversicherung, das für Landarbeiter, das nahezu wörtlich mit dem für Industriearbeiter übereinstimmt, aber zur Erleichterung der Ratifikation als besonderes Abkommen ausgearbeitet wurde, durchberaten und mit 72 Stimmen angenommen.

Bergarbeiter-Demonstrationsstreik in St. Etienne. Die Bergarbeiter von St. Etienne sind am Montag morgen in den Streik getreten, weil am Sonntag anlässlich der Jahrhundertfeier für die Einweihung der ersten Eisenbahn in Frankreich der Generalsekretär der unitarischen Bergarbeitergewerkschaft wegen Störung der Feiertagsfeier verhaftet worden war.

Gerichtssaal.

Lachen im Gerichtssaal.

Die Wahrheit. Richter: Sie sind in derselben Sache schon als Angeklagter vernommen worden. Das Verfahren gegen Sie wurde aber eingestellt. Als Angeklagter können Sie lügen, soviel Sie wollen. Es kommt nur darauf an, ob das Gericht Ihnen glaubt. Aber heute stehen Sie als Zeuge hier, und da dürfen Sie nur die Wahrheit und nichts als die Wahrheit sagen. Haben Sie mich verstanden? — Zeuge: Jawohl, hoher Gerichtshof, ich werde es halt probieren.

Eine Kleinigkeit. Richter: Sind Sie schon vorbestraft? — Angekl. (zuckt die Achseln): Ich kann mich nicht erinnern. — Richter: Na, denken Sie nach. — Angekl. (nach einer Weile): Ach ja, eine Kleinigkeit. Achtzehn Monate schweren Kerkers habe ich abgefeht.

Bezirksgericht Leopoldstadt. Bei diesem Gericht haben es die Richter besonders schwer, denn aus den Parteien sind keine Antworten, sind nur Fragen herauszubringen. Ein Beispiel: Zwei alte, weißbärtige Juden im Kasan stehen vor dem Richter. Der eine hat den andern einen Betrüger genannt und dafür auch einen Wahrheitsbeweis angeboten, der nicht den Schatten eines Beweises ergibt. — Richter: Wie kann ein alter, erfahrener Mann einen andern ebenso alten Mann so leichtfertig einen Betrüger nennen? — Angekl.: Recht haben Sie, Herr Richter, wie kann ein alter, erfahrener Mann einen ebenso alten Mann leichtfertig einen Betrüger nennen?

Nicht unterbrechen. Ein Rechtsanwalt verteidigt einen Einbrecher. Dieser dreht sich während des Plädoyers fortwährend zu seinem Verteidiger, zupft ihn am Ärmel und redet ihm drein. Eine Weile läßt sich der Anwalt das gefallen. Dann wendet er sich plötzlich zu seinem Klienten und sagt: „Stören Sie mich nicht fortwährend in meinem Plädoyer. Ich habe Sie während des Einbrechens auch nicht gestört.“

Mädchenehre. Richter (zur Jungin, einem Bauernmädchen): Sie behaupten heute, daß Sie der Angeklagte verführt und Sie um Ihre Mädchenehre gebracht hat. Den Akten entnehme ich aber, daß Sie, ein Jahr bevor Sie den Angeklagten kennen lernten, ein Kind zur Welt gebracht haben. Wie können Sie das aufklären? — Jungin (unschuldig): Ja, a Kind hab' i früher schon g'habt — aber nur a ganz allans's.

H. B. in der „Arbeiter-Zeitung“.

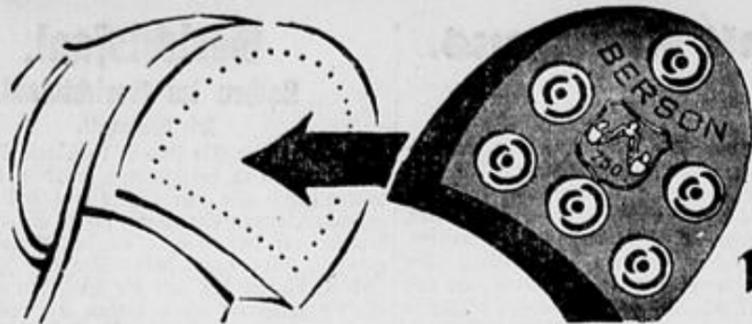
*) Die ehemalige Wiener Judenstadt, noch heute stark von jüdischem Kleinbürgertum bevölkert.

Aus Angst, den Geliebten zu verlieren.

Ein Dienstmädchen aus einem Orte bei Königswart ging am 22. März dieses Jahres mit zwei Burschen von einer Tanzunterhaltung nach Hause. Hierbei kam es zu einem intimen Verkehr, den das Mädchen nachher bereute, weil es fürchtete, daß ihr Geliebter davon erfahren und sie deswegen verlassen könnte. Um nun die Sache in einem für sie günstigen Lichte darzustellen, erstattete es am nächsten Tage bei der Gendarmerie in Königswart die Anzeige, daß es von den beiden Burschen vergewaltigt worden sei. Bei Gericht mußte dann das Mädchen selbst zugeben, daß keine Gewaltanwendung stattgefunden hat, weshalb nun gegen das Mädchen, nachdem das eingeleitete Verfahren wegen Notzucht gegen die beiden beschuldigten Burschen eingestellt worden war, die Anklage wegen Verleumdung erhoben wurde. Das Kreisgericht Eger verurteilte das Mädchen wegen Verleumdung zu vier Monaten schweren Kerkers mit monatlich eine Faße bedingt mit Bewährungsfrist von einem Jahre.

Die eigenen Töchter geschändet.

St. Pölten, 14. Juni. In Herzogenburg wohnt der heute 50 Jahre alte Johann Z. eine armliege Wohnung, eine kleine Küche und ein kleines Zimmer. Ende 1906 heiratete er. Jahr für Jahr rüdten nun die Kinder an. Bis zum Jahre 1922 waren es elf Mädchen und ein Bub. Die Frau mit den kleinen Kindern schlief in der Küche, der Mann in den Ehebetten im Zimmer mit den drei ältesten Töchtern: Leopoldine, heute 20 Jahre, Anna, heute 19 Jahre, und Hermine, 16 Jahre alt. Seit dem Jahre 1923 verging sich der Vater an den Kindern. Ein Mädchen ist unter ihnen, das heute noch nicht einmal 14 Jahre alt ist. Die älteste Tochter hatte ein Kind von ihrem Vater, das aber gestorben ist. Das zweite Mädchen geht jetzt mit ihrem Kinde, dessen Vater auch ihr eigener Vater Z. Schwager. Vor einem Schöffengericht des Kreisgerichtes St. Pölten hatten sich der Vater wegen Verbrechen der Schändung, der Verführung zur Unzucht, die Töchter Anna, Leopoldine und Hermine wegen Verbrechen der Unschändung zu verantworten. In geheim durchgeführter Verhandlung sollte der letzte Akt dieser Tragödie ab. Das Urteil lautete: acht Monate schweren Kerkers für den Vater, einen Monat Arrest bedingt für die Töchter. Aber sie wohnen noch immer in derselben Wohnung beisammen. Die beiden ältesten Töchter sind in Stellung. Sie bringen zusammen 30 Schilling (150 Kr.) wöchentlich nach Hause. Davon muß die Familie leben.



BERSON 750

macht gute Schuhe besser!

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Heute, Donnerstag, den 16. Juni, veranstalten wir einen

Kinderausflug durch Feld, Wiese u. Wald

bei dem wir die Teilnahme aller Genossen und Genossinnen erwarten, die Kinder haben. Abfahrt Prag Hof. Bf. 13.10 (Pöden horni nadr. 13.21), an Dolni Podernice 13.31. Fahrpreis Prag—Podernice K 2.80, Kinder die Hälfte. Der Weg führt von da durch ein Dorf längs eines hübsch gelegenen Teiches durch eine neue Siedlung auf eine Anhöhe mit einem herrlichen Rundblick in einem Eichenwald. Badegelegenheit! Für Unterhaltung wird gesorgt! Führung: Genosse Strnad. Zurück ab Podernice 18.53 oder 20.27, an Prag Hof. Bf. 19.25 bzw. 20.55. Fahrpreis Podernice—Prag K 3.40, Kinder die Hälfte.

Die Bezirksvertretung.

Vereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag.

Heute, Donnerstag, Ausflug nach Dolni Podernice, Jirnaer Wald, Podernice. Abfahrt 13.10 Masaryk-bahnhof. Führung Strnad. — Sonntag, den 19. Juni: 1. Partie: Pöden, Stromschnellen, Podernice. Führung Loos. 2. Partie: Dvle, Jirnaer Tal. Führung Schmidt. Für beide Gruppen Abfahrt ab Station Prankl; Zusammenkunft um 7 Uhr 30 Min. — Außerdem: Samstag und Sonntag, den 18. und 19. Juni, Fahrt nach Reichenberg zum 20-jährigen Gründungsfest der dortigen Ortsgruppe, verbunden mit einem Besuch auf der Königshöhe. Abfahrt Samstag 13.54 Masaryk-bahnhof. Sofortige Anmeldung an die Ortsgruppe. Ermäßigte Fahrt hin und zurück K 55.—, volle Fahrt K 82.—. — Olympiadeführer: Witwisch, den 22. Juni, 7 Uhr abends Vortrag Dr. Klein: „Auer durch Alt-Prag“. Gäste willkommen. Der Vortragssaal wird Dienstag im „Sozialdemokrat“ bekanntgegeben werden. Freiwillige Führer für die deutschen Olympiadeführer werden gerne aufgenommen; Anmeldung beim Vortrag. — Ausflüglersätze in die Prager Umgebung verkehren ab 19. d. zu halben Preisen. Näheres siehe Ankündigung auf den Bahnböden.

Der Film.

Die Kinos im Dienste der Kriminalpolizei.

Der Polizeipräsident von Berlin hat vor kurzem Rundschreiben an die Polizeidirektoren erlassen, in denen dazu angefordert wird, zur Verhütung und Ermittlung von Verbrechen künstlich auch die Lichtspieltheater in Anspruch zu nehmen. Da es sich um eine „unentgeltliche“ Vorführung von Diaprojektoren und Filmstreifen handelt, ist natürlich die jeweilige Bereitschaftserklärung der Lichtspieltheaterbesitzer erforderlich, die aber wohl kaum auf Schwierigkeiten stoßen dürfte.

Literatur.

Marlow-Dan „Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie“.

Berlin 1926. J. S. B. Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie bis 1918 aus der Feder des verstorbenen bedeutendsten russischen sozialistischen Publizisten J. Marlow und einer Darstellung der Geschichte der russischen Sozialdemokratie von 1908 bis ungefähr 1925, welche von dem untern Genossen bekannten russischen Sozialdemokraten Th. Dan stammt. Es ist ungemessen interessant, in diesem Buche zu verfolgen, wie die heutigen grundlegenden Unterschiede in der Auffassung der russischen Sozialdemokraten und Kommunisten ihre Wurzeln schon in Auseinandersetzungen haben, die zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der russischen Arbeiterbewegung vor 25 Jahren geführt wurden. Die Spaltung der russischen Sozialdemokratie erfolgte auf einem Kongress im Jahre 1903. Während die Mehrheit (Bolschewiki) den Standpunkt vertrat, daß die russischen Massen von sogenannten „Perusrevolutionären“ geführt werden müßten, verlangte die Minderheit (Menschewiki) den Aufbau einer demokratischen Massenorganisation der russischen Arbeiterklasse. Parteidemokratie oder Diktatur der Führer waren die Gegensätze, welche zur Spaltung der russischen Sozialdemokratie führten. In der kurzen Skizze von Dan, welche Krieg, Revolution und Nachkriegszeit umfaßt, ist vornehmlich am interessantesten die Widerlegung der freidenkerischen Behauptungen der Bolschewiki, daß die Sozialdemokratie im Bürgerkrieg eine konterrevolutionäre Haltung eingenommen hätte. Im Gegenteil: die sozialdemokratischen Arbeiter und ihre Vertrauensmänner haben mit der Waffe in der Hand Rußland gegen die weißen Generale verteidigt.

Turnen und Sport.

Arbeitersport.

Fußball.

Kreisspiel am Samstag, den 18. Juni in Zuckmantel.

im Rahmen des Bezirksarbeitersport. Anstoß um 6 Uhr abends. Es treten sich gegenüber:

A-Team:

Goppert (Weistritz)	Seemann (Weistritz)
Ashenbrenner (Duz)	Schlegel (Weistritz)
Nichter (Duz)	Müller (Weistritz)
Geisler (Adowitz)	Fiedler (Adowitz)
	Müller (Adowitz)
	Katro Erlacher (Weistritz)

B-Team:

Scherat (Adowitz)	Böner S. (Adowitz)	Rieslinger (Weistritz)	Breitfelder (Adowitz)	Langer (Adowitz)
Sawranel (Weistritz)	Wölfelmann (Duz)	Fiedler E. (Adowitz)		
Schmidt (Zepitz)	Schmidt (Weistritz)			

Als Reserven fungieren je zwei Spieler der Vereine des II. Bezirkes. — Alle Spieler und Reserven sind um 5 Uhr im Restaurant „Schönbrunn“ gestellt. Treter, Stulpen, weiße (für A-Team) und schwarze Hosen (für B-Team) sind mitzubringen. Dress für A stellt Weistritz (blaue Leichen und weiße Hosen) für B Zuckmantel.

Radsport.

Bundes-Wettfahrten der Arbeiter-Radsportler in Deutschland.

Auf der Radrennbahn des Stadions von Frankfurt a. M. wurden zu Pfingsten die Wettbewerbe um die Bundesmeisterschaften des Arbeiter-Radsport-Bundes im Straßen- und Bahnwettbewerb ausgetragen. 200 Teilnehmer hatten sich zum Wettbewerb eingefunden. Das Ergebnis der Wettbewerbe um die Bundesmeisterschaften im Straßenwettbewerb, die am Pfingstsonntag von früh 5 Uhr ab ausgefahren wurden, ist folgendes: 50-Kilometer-Rennen (11 Fahrer): 1. Franz Appel-München (Gau 20) 1:27.55 Stunden. — 50-Kilometer-Rennen, Mannschaftsfahren (6 Mannschaften): 1. Guben (Gau 9) 1:22.22 Stunden. — 20-Kilometer-Rennen der Altersklasse (10 Fahrer): 1. Fritz Haffert-Mutterstadt (Gau 22) 32:17 Min. — 10-Kilometer-Rennen der Hauptklasse (6 Fahrer): 1. Heinrich Schuster-München (Gau 20) 19:12 Min. — 2-Kilometer-Rennen der Jugendklasse (5 Fahrer): 1. Eugen Albrecht-München (Gau 20) 3:36 Min. — 6x2000-Meter-Stafette (8 Mannschaften): 1. München (Gau 20) 20:14 Min. — 100-Meter-Langstreckenfahren (8 Fahrer): 1. Josef Stadler-Riesersfelden (Gau 22) 15:46 Min. Die Wettfahrten verliefen planmäßig ohne Zwischenfälle. Nur auf der 50-Kilometer-Rennstrecke erlitt durch Sturz ein Fahrer einen leichten Unfall. — Die Wettbewerbe um die Bundesmeisterschaften im Bahnwettbewerb hatten folgendes Ergebnis: Bundesmeisterschaft über 1 Kilometer: 1. H. Fisch-Darmstadt 1:28.9 Min. — Ueber 2 Kilometer: 1. H. Göbel-Rüsselsheim 4:16.4 Min. — 5 Kilometer (Hauptklasse): 1. H. Fisch-Darmstadt 8:19 Min. — 5 Kilometer (Altersklasse): 1. Fr. Haffert-Mutterstadt 8:02.1 Min. — 10 Kilometer (Hauptklasse): 1. H. Fisch-Darmstadt 16:42.3 Min. — Vierländer-Kampfs über 5 Kilometer: 1. A. Stoll (Oesterreich) 8:31 Min., 2. H. Fisch (Deutschland) 8:31.4, 3. Maßonow (Frankreich) 8:34, 4. V. Pirson (Belgien) 8:35 Min. — Vierländer-Kampfs über 10 Kilometer (Punktwertung): 1. A. Stoll (Oesterreich) 12 Punkte, 2. V. Pirson (Belgien) 6 P., 3. P. Zouliac (Frankreich) 4 P., 4. H. Fisch (Deutschland) 2 Punkte. — Freie Wettbewerbe (10 Kilometer): 1. A. Walz (Frankfurt) 9 Punkte. — 8 Kilometer (Altersklasse): 1. P. Haffert (Mutterstadt) 12:44.1 Min. — 21-Kilometer-Mannschaftsfahren: 1. Albrecht-Graf (Jugostadt) 38:55 Min. — Aus Raummanangel haben wir hier mit Ausnahme des Vierländer-Kampfes in den einzelnen Kategorien nur die Ersten angeführt.

26. Juni: Schüler-Turntag der Arbeiter-Olympiade.

Programm:

Vormittags von 8 Uhr: Proben. Nachmittags: Deffentliches Turnen: 1. Freiübungen der Schülerinnen im Alter von 9 bis 14 Jahren. 2. Spiele der Schüler und Schülerinnen von 6 bis 9 Jahren. 3. Freiübungen der Schüler von 9 bis 14 Jahren. 4. Stafettenlauf des 1. Kreises der D.T.Z. über die Strecke von 3 Kilometer (Einzelstrecke 500 Meter). Gledrige Mannschaften. 6. Austritten des Prager Kreises der D.T.Z. im Geräte-turnen. 7. Erste Ausführung

der Festszene „Durch Arbeit zur Freiheit“.

Eintrittspreise: Logenst. auf der Tribüne A 50 K, auf der Tribüne B 40 K, Sperrst. auf der Mitteltribüne A (Haupttribüne) 35 K, Seitenst. 25 K, Sperrst. auf den Tribünen B oder C 20 K. Sitzplatz auf der Mitteltribüne (Haupttribüne) 20 K, Seitenst. 18 K, Sitzplatz auf den Tribünen B oder C 15 K. Stehplatz auf den Tribünen B und C 10 K, im Gange 5 K. Studenten- (gegen Legitimation) und Soldatenkarten 3 K.

Auf die Mitgliedertribüne haben die Festabendbesitzer einen Beitrag von 2 K zu zahlen. In den Gängen haben Festabendbesitzer, Mitglieder, Bößlinge und Schüler der D.T.Z. freien Eintritt. Für die am Vormittag stattfindenden Proben beträgt der Eintritt 5 K.

Konzert der Arbeiterfänger.

Der tschechische Verband der Arbeiterfänger veranstaltet aus Anlaß seines 20-jährigen Bestehens zur Zeit der 2. Arbeiter-Olympiade ein Festkonzert im Smetana-Saal des Prager Gemeindehauses unter Mitwirkung der tschechischen Philharmonie. Das Programm wird sorgfältig ausgewählt sein und vom künstlerischen Können der Arbeiterfänger der großen Deffentlichkeit ein gutes Zeugnis ablegen. Bestellungen von Eintrittskarten sind zu richten an den Sekretär des Arbeiterfänger-Verbandes Jaroslav Allan, Prag-Pubens, ul. Nar. Obrany 501. Für Prag hat den Vorverkauf das Kartenbüro Truhář (Moruna und Na Rožku) übernommen.

Ermäßigung für Nichtturner.

Für diejenigen Personen, welche nicht Mitglieder von Turnvereinen sind und die Olympiade besuchen wollen, wird bei einer Mindestanzahl von 30 Personen eine 20prozentige Ermäßigung für fahplanmäßige Züge gewährt, wenn rechtzeitig bei den Stationsvorständen darum angefragt wird.

Zu dem Schüler-Turntag am 26. Juni werden nach den vorläufig getroffenen Propositionen auf den einzelnen Strecken 8-9 Sonderzüge verkehren. Die Schüler genießen eine 75prozentige Fahrermäßigung der Normaltarife der 3. Klasse von Personenzügen. Es soll dies so partifiziert werden, daß immer 2 Kinder eine halbe Karte gemeinsam haben. Die Führer der einzelnen Gruppen genießen eine 60prozentige Fahrpreisermäßigung. — Aus Westböhmen wird der 1. Sonderzug Samstag, den 25. Juni um 11 Uhr vorm. von Pilsen abgehen. Nach Abfahrt des ersten werden später weitere Züge abgelassen. Aus Nordwestböhmen fährt Samstag, 25. Juni, vormittags von Teplitz ein Sonderzug nach Prag. Aus Ostböhmen fährt der 1. Zug aus Pardubitz am Samstag, den 25. ds., um 15 Uhr ab. Für Pilsen und Hofb. ist die Abfahrt am 25. für vormittags ab Pilsen angefragt. Die Kinder fahren am Montag, den 27. Juni in Sonderzügen wieder nach Hause, wo sie nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr eintreffen werden.

Kunst und Wissen.

Orgelabend der deutschen Musikakademie.

Anton Nowakowski, der Leiter der Orgelschule der Prager deutschen Musikakademie, den man bisher hauptsächlich als hervorragenden Orgelmeister und tüchtigen Chorleiter in der Prager Musiköffentlichkeit kennen zu lernen Gelegenheit hatte, hat am Dienstag abends auch neuerlich Proben seines ausgezeichneten musikalischen Talentes gegeben. Die fünf Orgelspieler, die man an diesem in der deutschen evangelischen Kirche abgehaltenen Orgelabend hörte und die die reifsten Talente aus der Hand Nowakowskis darstellen, überraschten durchwegs nicht nur durch technisch hochentwickeltes Manual- und Pedalspiel, sondern auch durch auffallend reife Kunst in der plastischen Gliederung und wirksam aufbauenden Art des Orgelvortrages und durch differenzierte Registrierung. Als der beste unter den fünf hoffnungsvollen Orgeljungern erwies sich Rudolf Zartner, der Bachs berühmte schwere Orgelphantasie in G-moll mit selbstverständlicher virtuoser Fertigkeit und klarer Disposition spielte. Aber auch die Herren Günther, Hauffert, Lehner und Dr. Adamec zeigten in Werken von Bach und Reger respectables organisches Können. Auch zwei Sängerrinnen ließen sich an diesem Abend zur Orgel hören: Fr. Frimtraut Wolf, die nun schon von früheren Veranstaltungen der Musikakademie her kennt, und eine neue Kraft, die Meszopotanistin Fr. Berta Wid. In der letzteren erblickt die Akademie ein bedeutungsvolles Gelangstalent; zwar ist die Gesangsdeklamation Fr. Wids noch unfrei, die Atemtechnik unsicher, aber ihre auffallend schöne, große, warme und besetzte Stimme berechtigt zu den höchsten Erwartungen.

Erstkl. amerik. Qualitätsschreibmaschine

SMITH PREMIER

vereint sämtliche Errungenschaften aller Markenmaschinen und überragt durch:

- 46 Tasten — 92 Schriftzeichen.
- Leichtesten Anschlag, Geräuschlos Gang.
- Auf mäßige Monatsraten ebenso die beste amerikan. PORTABLE-Maschine für Reise und Privatgebrauch.
- Einfache Umschaltung. — Normale Walze, Vierreihige Tastatur.

L. & G. HALPHEN

PRAG, Mikuláská 22. Telephon 22305.
BRÜNN, Udolní 13. Telephon 4148.

Herr Kapellmeister Adler legt Wert auf die Veröffentlichung folgender Feststellungen:

Als er in seinem Briefe davon sprach, daß Herr Kapellmeister Dr. Kolisko in München und Zürich „durchgefallen“ sei, wollte er (Adler) diesen Ausdruck nicht auf die künstlerische Leistung bezogen haben (Dr. Kolisko wurde insbesondere in München von der Presse günstig beurteilt), sondern jener Ausdruck bezog sich auf die Kandidatur als solche, so wie etwa bei einer politischen Wahl der Ausdruck von einem unterlegenen Kandidaten gebraucht wird. Herr Kapellmeister Adler würde es aufrichtig bedauern, wenn dieser Passus mißverstanden worden wäre, zumal Herr Dr. Kolisko sich des besten Rufes als Künstler und Kollege erfreut und ihn selbst in der Angelegenheit des Prager Engagements nicht der leiseste Vorwurf der Untorelichkeit treffen kann.

Der „Hahol“ beim Frankfurter Musikfest.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Das Konzert des „Hahol“ hatte vor ausverkauftem Zuhörern einen außergewöhnlichen Erfolg. Das Publikum zwang die Sänger zu immer neuen Zugaben. Smetanas „Böhmisches Lied“ mußte wiederholt werden. Das Publikum nahm begeistert vom „Hahol“ Abschied und rief immerfort: „Auf Wiedersehen!“ Einer Einladung des Bürgermeisters konnte in Anbetracht des Reiseprogramms, das bereits schiefgefallen worden war, nicht entsprochen werden. Donnerstag früh kehrt der „Hahol“ wiederum nach Prag zurück, wo er um 6 Uhr abends ankommt.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.

Donnerstag (180—1). 7 1/2 Uhr: „Sonny spielt auf“. Freitag (182—2). 7 1/2 Uhr: „Tosca“. Samstag (181—1). 7 1/2 Uhr: „Ein besserer Herr“. Sonntag (183—3). 7 1/2 Uhr: „Sonny spielt auf“. Montag (184—4). 7 Uhr: „Aida“.

Spielplan der Kleinen Bühne.

Donnerstag: „Gefällige Thierchen“. Freitag: „Spiel im Schloß“. Samstag: „Die Wette“. Sonntag, 7 1/2 Uhr: „Spiel im Schloß“. Montag: „Die Wette“.

Hühneraugen

Hornhaut besetzt in einigen Tagen nur VITEK'S „Anticornein“

Eine Flasche K 6.— Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Allein echt von Pr. Vitek & Co., Prag II. Vodňanova 53.

Die Aufgaben und Forderungen der freien Gemeinde

Ein Nachschlagebuch für alle tätigen Gemeindefunktionäre. Mit der neuen Gemeindefunktionsordnung. — K 6.—

Volksbuchhandlung

KREMSER & Co. Teplitz-Schönau Theresienstraße 20.